

# Beschlüsse der Bundeskonferenzen 2018 – 1986

Legende		<p>* Texte liegen nicht vor  <span style="color: green;">grüne Schrift-erreicht bzw. verwirklicht</span>  <span style="color: red;">rote Schrift-genau das Gegenteil ist umgesetzt</span>  <span style="color: blue;">blaue Schrift-gleichlautender Antrag aus vorangegangener Buko</span></p>
---------	--	--

## 25. Bundeskonferenz Karlsruhe 2018

25. Buko in Karlsruhe 16.-18.09.2018	Karlsruher Erklärung	
25. Buko in Karlsruhe 16.-18.09.2018	Änderung rentenrechtlicher Regelungen im Minijob	Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert die Bundesregierung auf, die Ausschlussregelung zur Rückkehr in die Rentenversicherung für Beschäftigte, die in einem Minijob tätig sind und sich von der Rentenversicherungspflicht befreit haben lassen, aufzuheben.
25. Buko in Karlsruhe 16.-18.09.2018	Gesetz zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts – Einführung einer Brückenteilzeit	Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert den deutschen Bundestag auf, den vorliegenden Entwurf des Brückenteilzeitgesetzes nachzubessern: Die Einschränkungen u.a. bei der Betriebsgröße müssen großzügiger gestaltet werden. Ein Rückkehrrecht in eine Vollzeittätigkeit muss auch für jetzt schon bestehende Teilzeitarbeitsverhältnisse sukzessiv eingeführt werden.
25. Buko in Karlsruhe 16.-18.09.2018	Frauenarmut im Alter bekämpfen - Die Empfehlung für einen verlässlichen Generationenvertrag geschlechtergerecht gestalten!	Die BAG fordert die Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ auf, den Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit - unter Berücksichtigung der diskontinuierlichen Berufsverläufe, der hohen Teilzeitquote sowie der niedrigeren Erwerbseinkommen von Frauen - in den Focus der Zukunftssicherung der Deutschen Rentenversicherung zu stellen und damit Altersarmut von Frauen wirksam vorzubeugen. Den Empfehlungen der Sachverständigen zum Gleichstellungsbericht der Bundesregierung soll gefolgt werden.
25. Buko in Karlsruhe 16.-18.09.2018	Ersatzlose Streichung des Paragraphen 219 a StGB	Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert die Bundesregierung auf den Paragraphen 219 a StGB ersatzlos zu Streichung.
25. Buko in Karlsruhe 16.-18.09.2018	Schutz vor Belästigungen bei Schwangerschaftsabbruch	Wir fordern die Bundesregierung, den deutschen Bundestag und die Regierungen der Länder auf, dafür Sorge zu tragen, dass die mit der Umsetzung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes beauftragten Beratungsstellen, Frauen die sich beraten lassen sowie Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche nach der geltenden Rechtslage vornehmen und Frauen, die diesen ärztlichen Dienst in Anspruch nehmen, vor

		Belästigungen, Gehwegansprachen sowie auf die Räumlichkeiten konzentrierte Belagerungen mit Erschwerung des Zugangs (Spalierlaufen) geschützt sind.
25. Buko in Karlsruhe 16.-18.09.2018	Schwangerschaftskonfliktgesetz	Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert die Bundesländer auf, die Versorgungssituation zu überwachen, die Angebote und jeweiligen Methoden zu erheben und sicherzustellen, dass die Versorgung gemäß § 13 (2) Schwangerschaftskonfliktgesetz in den Bundesländern flächendeckend gewährleistet ist.
25. Buko in Karlsruhe 16.-18.09.2018	Gewährleistung der wohnortnahen Versorgung in der Geburtshilfe unter Berücksichtigung des nationalen Gesundheitszieles	Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert die Bundesregierung auf, die Rahmenbedingungen für eine wohnortnahe Versorgung in der Geburtshilfe sicherzustellen und das nationale Gesundheitsziel „Gesundheit rund um die Geburt“ umzusetzen.
25. Buko in Karlsruhe 16.-18.09.2018	Gewährleistung einer flächendeckenden und wohnortnahen Versorgung mit Hebammen und Umsetzung der EU-Richtlinie 2013/55/EU	Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert die Bundesregierung auf, eine bundesweite und flächendeckende Versorgung mit Hebammen auf der Grundlage einer verlässlichen Datenerhebung sicherzustellen und in der Ausbildung von Hebammen die EU-Richtlinie 2013/55/EU umzusetzen. Die Zeit drängt: Um der Unterversorgung mit Hebammen zu begegnen, ist es dringend erforderlich, unverzüglich die EU-Richtlinie umzusetzen und Studienplätze in ausreichender Anzahl einzurichten.
25. Buko in Karlsruhe 16.-18.09.2018	Verbesserung der Schutzmechanismen im Bundesmeldegesetz für Frauen in Frauenhäusern.	Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Personalausweisgesetz, das Aufenthaltsgesetz sowie das Bundesmeldegesetz dahingehend zu ändern, dass auf die Ausweisdokumente (Personalausweise/ID-Dokumente) von in Frauenhäuser geflohenen Frauen bei einer Ummeldung statt der vollständigen Wohn-/Postanschrift des Frauenhauses lediglich das Postfach oder die Postleitzahl auf den Adresskleber eingetragen werden.
25. Buko in Karlsruhe 16.-18.09.2018	Berücksichtigung von Prävention bei der Umsetzung der Istanbul Konvention, Einrichtung einer Expert *innengruppe zur nationalen Überwachung	Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert die Bundesregierung auf, bei der Istanbul Konvention verstärkt auch die Prävention in den Blick zu nehmen und konkrete Umsetzungsstrategien im Bereich der Prävention zu entwickeln. Um eine dauerhafte Wirksamkeit zu garantieren fordern wir, eine Expertengruppe einzurichten, die die Umsetzung national überwacht, wie es auch die Istanbul Konvention vorsieht.  Wir erwarten die Erarbeitung einer bundesweiten Gesamtstrategie und die Verabredung verbindlicher Verfahren und Zuständigkeiten unter Einbeziehung der Länder, Kommunen, Trägervertretungen und der Zivilgesellschaft.
25. Buko in	Einbindung der Kommunalen	Die Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen

Karlsruhe 16.-18.09.2018	Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in die Überwachung der Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) durch das Monitoring und die Evaluation einer unabhängigen Institution	Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Expertise der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten bei der Umsetzung des Gesetzes zu dem Übereinkommen des Europarates vom 11. Mai 2011 zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt auf Bundesebene über die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen einfließt. Auf Landesebene soll dies durch die Landesarbeitsgemeinschaften der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten sowie auf regionaler Ebene durch die kommunalen Frauen- und Gleichstellungs-beauftragten erfolgen. Die BAG fordert die Bundesregierung auf ein Gremium zu gründen, das die Arbeit von GREVIO (vgl. Artikel 66) als nationale Expert*innenrunde in Deutschland begleitet und unterstützt. Als Mitglied in diesem neuen Gremium sind u.a. Frauen- und Gleichstellungs-beauftragte, vertreten durch die BAG kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen, zu benennen.
25. Buko in Karlsruhe 16.-18.09.2018	Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention)	Die Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert die Bundesregierung zu einer zeitnahen umfassenden Umsetzung der Istanbul-Konvention auf.
25. Buko in Karlsruhe 16.-18.09.2018	Parität bei der Benennung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern in den Spruchkörpern aller Gerichtsbarkeiten	Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, fordert die Bundesregierung auf, dass § 44 (1a) des Deutschen Richtergesetzes zur Bestellung und Abberufung des ehrenamtlichen Richters dahingehend abgeändert wird, dass die Benennung künftig paritätisch zu erfolgen hat. Eine entsprechende Anpassung ist vorzunehmen.
25. Buko in Karlsruhe 16.-18.09.2018	Geschlechtergerechte Sprache im Rechtswesen und in den Gesetzen	Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert die Bundesregierung auf, die sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern und eine angemessene Berücksichtigung der Vielfalt geschlechtlicher Identitäten sowohl in der Kommunikation als auch in Gesetzestexten konsequent umzusetzen. Insbesondere Frauen müssen sprachlich in der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland endlich eindeutig erkennbar sein.

## 24. Bundeskonferenz Wolfsburg 2017

24. Buko in Wolfsburg 07.-09.05.2017	Leitantrag: Wolfsburger Erklärung	
24. Buko in	Änderung der	Erhöhung der Anzahl der möglichen

Wolfsburg 07.-09.05.2017	Geschäftsordnung	Sprecherinnen-Anzahl auf 15
24. Buko in Wolfsburg 07.-09.05.2017	Anrechnung von Kinderbetreuungszeiten in der Grundsicherung	Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert die Bundesregierung auf, dass die so genannte „Mütterrente“ also die Anrechnung von Kindererziehungszeiten, zukünftig zu der Grundsicherung als ergänzende Leistung gezahlt wird. Eine entsprechende Anpassung im Sozialgesetzbuch XII ist vorzunehmen.
24. Buko in Wolfsburg 07.-09.05.2017	Stufenlaufzeit im TVöD	Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert die Tarifvertragsparteien auf, die Elternzeit (1 Jahr) pro Kind von Mutter und /oder Vater auf die Stufenlaufzeit in den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes anzurechnen.
24. Buko in Wolfsburg 07.-09.05.2017	Bundesbeauftragte für Gleichstellungsangelegenheiten bei Flucht und Asyl	Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros fordert die Bundesregierung auf, die Funktionsstelle einer Bundesbeauftragten für Gleichstellungsfragen, die sich aus dem Flucht- und Migrationsprozess ergeben, einzurichten.
24. Buko in Wolfsburg 07.- 09.05.2017	Forderungen nach einer angemessenen Versorgung mit Hebammen	<p>... fordert die Bundesregierung auf, eine ausreichende Versorgung mit Hebammen in ganz Deutschland zu gewährleisten.</p> <p>Dazu gehört eine flächendeckende Versorgung mit Geburtskliniken in den Landkreisen und Städten. Diese müssen zeitnah erreichbar sein und ausreichend Hebammen beschäftigen. Darüber hinaus muss die Möglichkeit bestehen, in Geburtshäusern, mit Beleghebammen in einer Klinik oder per Hausgeburt entbinden zu können.</p> <p>Die Versorgung mit Hebammen in der Geburtsvorsorge und -nachsorge ist abzusichern und zu verbessern. Dazu sind die Ausbildungs-/Berufstätigkeitszahlen und die Vergütung anzuheben. Das Problem der hohen und weiter steigenden Versicherungsprämien ist langfristig zu lösen. Ein Register zur Hebammenversorgung für das gesamte Bundesgebiet, aufgeschlüsselt nach Bundesland, Kreisen und kreisfreien Städten ist zu erstellen, um auf den Bedarf der einzelnen Regionen eingehen zu können.</p>
24. Buko in Wolfsburg 07.-09.05.2017	Göttinger Erklärung für ein Paritätsgesetz	Die Bundesarbeitsgemeinschaft schließt sich auf Antrag der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros Niedersachsen der Göttinger Erklärung für ein Paritätsgesetz an.

## 23. Bundeskonferenz Rostock Warnemünde 2015

23. Buko in Rostock/Warnemünde	Anpassung bundesgesetzlicher Rechtsnormen an die	... fordert die Bundesregierung auf, alle im Hinblick auf die gewerbliche Prostitution relevanten Rechtsnormen dahin gehend zu
-----------------------------------	--	--

06.-08.09.2015	Bedingungen des Prostitutionsgewerbes	überprüfen, ob gleichstellungs- bzw. frauenspezifische Einzelfragen aktualisiert und neu geregelt werden müssen. Bei dieser Prüfung ist ebenfalls auf die Würdigung und ggfs. Anpassung bestimmter jugendhilferechtlicher Aspekte zu achten. Frauen und Mädchen benachteiligende Bestimmungen bzw. das tatsächliche Fehlen entsprechender Regelungen erschweren die Durchsetzung einer „tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann“.
23. Buko in Rostock/Warnemünde 06.-08.09.2015	Bundesweites Verbot von sexistischer, diskriminierender und frauenfeindlicher Werbung	...fordert das bundesweite Verbot von sexistischer, diskriminierender und frauenfeindlicher Werbung an öffentlichen Werbeflächen. Bei allen Werbeverträgen, die abgeschlossen werden, soll mit den Vertragspartner*innen vereinbart werden, dass Werbung, die Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder sexuellen Identität herabwürdigt, zurückzuweisen ist.
23. Buko in Rostock/Warnemünde 06.-08.09.2015	Gesetz zur Stärkung der Opferrechte im Strafverfahren (3. Opferrechtsreformgesetz)	...fordert die Bundesministerin auf, bei der Reform des Opferentschädigungsgesetzes psychische Folgen und Traumatisierungen infolge von Gewalterlebnissen im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt als Kriterium für Entschädigungen nach dem Opferrechtsentschädigungsgesetz aufzunehmen.
23. Buko in Rostock/Warnemünde 06.-08.09.2015	Steuerliche Gleichstellung von Ein-Eltern-Familien, die vom barunterhaltspflichtigen Elternteil keinen und nur einen Teil des Mindestunterhalts für ihre minderjährigen Kinder erhalten.	... fordert die Bundesregierung auf, eine Gesetzesänderung zur Beseitigung der Benachteiligung von Ein-Eltern-Familien, die keinen oder nur einen Teil des Mindestunterhaltes (lt. Düsseldorfer Tabelle) für ihre minderjährigen Kinder erhalten, vorzunehmen. Es werden ungleiche Sachverhalte insbesondere durch die Besteuerung nach dem Grundtarif gleich behandelt. Die bestehende Gesetzeslage verstößt gegen die Grundrechte aus Art. 3 und Art. 6 GG. Die BAG fordert wirksame Maßnahmen zum Schutz der Grundrechte Alleinerziehender.
23. Buko in Rostock/Warnemünde 06.-08.09.2015	Initiative zur Ausweitung des §3 Nr. 33 EStG auf Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres	... fordert die Bundesregierung auf, es ArbeitgeberInnen zu ermöglichen, zusätzlich zum Arbeitslohn gezahlte Leistungen zur Unterbringung und Betreuung auch von Schulkindern steuer- und sozialabgabenfrei zu erbringen.
23. Buko in Rostock/Warnemünde 06.-08.09.2015	Forderungen für eine angemessenere Versorgung von weiblichen Flüchtlingen	... fordert die Verantwortlichen auf, dass die besondere Situation weiblicher Flüchtlinge beachtet wird und eine angemessenere Versorgung erreicht werden kann. Die dringlichsten Forderungen sind: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Schaffung geschützter Räume und von Rückzugsmöglichkeiten für Frauen. Diese muss es geben, damit die Frauen beginnen können, das vor und während der Flucht Erlittene zu überwinden und für sich und ggf. ihre Kinder eine Perspektive zu entwickeln, sei es für ein</li> </ul>

		<p>Leben hier oder auch bei Rückkehr in das Land, aus dem sie geflohen sind. Ebenso muss Frauen und Kindern in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften Schutz vor Übergriffen durch Männer garantiert werden können.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Für Frauen, die Gewalterfahrungen gemacht haben, oder die beispielsweise auf sich allein gestellt mit Kindern, schwanger oder in anderer Weise extrem fordernde Situationen durchstehen mussten, muss der Zugang zum Hilfesystem, sichergestellt werden. Dazu gehört, dass ausgebildete Dolmetscherinnen und Dolmetscher für das Hilfesystem kostenfrei zur Verfügung stehen, bzw. die Kostenübernahme geregelt ist. Beratungsstellen, die auf diese Anforderungen eingestellt sind bzw. sich darauf einstellen, müssen zusätzlich gefördert werden.</li> </ul>
23. Buko in Rostock/Warnemünde 06.-08.09.2015	Sprachkurse und Bildungsprogramme für weibliche Flüchtlinge	<p>...fordert die Verantwortlichen auf, dass die besondere Situation weiblicher Flüchtlinge beim Angebot von Sprachkursen und Bildungsprogrammen beachtet wird.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Sprachkurse und Bildungsprogramme müssen sich gezielt an Mädchen und Frauen richten und diese in ihrer besonderen Situation unterstützen. Da viele der weiblichen Flüchtlinge weder lesen noch schreiben können – zwei Drittel der Analphabeten weltweit sind weiblich –, gehören hier insbesondere Alphabetisierungskurse und weitere Angebote der Primärbildung, anschließend aber auch Weiterqualifizierungen, dazu.</li> <li>• Kinderbetreuung in unmittelbarer Nähe ist sicherzustellen.</li> </ul>
23. Buko in Rostock/Warnemünde 06.-08.09.2015	Die BAG initiiert eine „Waschkorb-Aktion“ zur Änderung der Wahlgesetze mit der Zielsetzung der Geschlechterparität.	Die BAG initiiert eine „Aktion“ zur Änderung der Wahlgesetze mit der Zielsetzung der Geschlechterparität.
23. Buko in Rostock/Warnemünde 06.-08.09.2015	Anpassen des Angebotes des bundesweiten Hilfetelefon gegen Gewalt an Frauen an die Bedarfe weiblicher Flüchtlinge	<p>Die Bundesministerin Manuela Schwesig wird aufgefordert,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Dolmetsch-Angebote des bundesweiten Hilfetelefon gegen Gewalt an Frauen bedarfsgerecht im Hinblick auf Sprachen weiblicher Flüchtlinge (z.B. Tigrinia, Somalisch, Urdu) zu erweitern.</li> <li>2. Auch das zugehörige Werbematerial ist anzupassen.</li> </ol>

		3. Darüber hinaus müssen die Beraterinnen des Hilfef Telefons zu geschlechtsspezifischen Aspekten des Ausländer-/Asylrechts geschult werden.
23. Buko in Rostock/Warnemünde 06.-08.09.2015	Offener Brief: Geflohene Frauen brauchen unsere Unterstützung!	Die Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten bittet ihre Sprecherinnen, folgenden Offenen Brief an die Bundesregierung zu versenden und in der Öffentlichkeit zu verbreiten: Thema Frauen auf der Flucht

## 22. Bundeskonferenz Potsdam 2014

22. Buko in Potsdam 26.-28.01.2014	Geschlechtergerechtigkeit im Steuerrecht herstellen	...fordert die Bundesregierung auf, für eine Geschlechtergerechtigkeit im Steuerrecht im Sinne gleicher Chancen für Frauen trotz bestehender Differenzen in Bezug auf Einkommens- und Vermögensverhältnisse, familiäre Rollenverteilungen, Erwerbsstrukturen etc. initiativ zu werden. Die faktischen Auswirkungen der Einkommensbesteuerung haben die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen und Männern zu berücksichtigen. Um eine geschlechtergerechten Besteuerung als politisches Querschnittsziel zu verankern, sind folgende Anforderungen an eine geschlechtergerechten Steuerpolitik zu stellen: ...
22. Buko in Potsdam 26.-28.01.2014	Quotierung von Gremien	... fordert alle Landesregierungen auf, die paritätische Besetzung von Gremien gesetzlich in den Landesgesetzen zu verankern und Verstöße mit Sanktionen zu belegen. Für die Besetzung von Aufsichtsräten sollen landesweite Datenbanken eingerichtet werden.
22. Buko in Potsdam 26.-28.01.2014	Verbesserter Opferschutz - Offizialdelikt	...fordert das Bundesministerium der Justiz auf, Körperverletzungen bei häuslicher Gewalt als Offizialdelikt zu bewerten.
22. Buko in Potsdam 26.-28.01.2014	Verbesserter Opferschutz - Umgangsrecht	... fordert das Bundesministerium der Justiz auf, das Umgangsrecht des Täters gegenüber den Kindern bei Häuslicher Gewalt mit Auflagen zu versehen.
22. Buko in Potsdam 26.-28.01.2014	Verfahren der „Anonymisierten Spurensicherung nach Sexualstraftaten“ bundesweit einzuführen	... fordert die Bundesregierung auf, ein Verfahren zur anonymisierten Spurensicherung nach Sexualstraftaten bundesweit einzuführen.
22. Buko in Potsdam 26.-28.01.2014	Etablierung von Frauenvertreterinnen in Einrichtungen der Behindertenhilfe	... fordert die Etablierung in Einrichtungen der Behindertenhilfe wie Werkstätten für behinderte Menschen oder Wohneinrichtungen von verbindlichen Frauenvertreterinnen als Fachfrauen in eigener Sache.  Entsprechend sind Frauenvertreterinnen in der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung (WMVO) sowie den Verordnungen für „Heimgesetze“ der Länder analog den Werkstatträten und Heimbeiräten zu verankern.  Die Frauenvertreterinnen müssen im Sinne der Konzepte des empowerment und des peer

		<p>counseling Frauen mit einer Lernschwierigkeit/einer sogenannten geistigen Behinderung bzw. einer Behinderung sein.</p> <p>Um ihre Arbeit kompetent ausüben zu können, müssen die Frauenvertreterinnen entsprechend geschult und unterstützt werden.</p>
22. Buko in Potsdam 26.-28.01.2014	Forderungen der BAG umsetzen	Top „5“ der Forderungen der BAG kommunaler Frauenbüros & Gleichstellungsstellen
22. Buko in Potsdam 26.-25.01.2014	Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz als Straftat einstufen	... fordert die Bundesregierung auf, dass sex. Belästigung am Arbeitsplatz strafrechtlich verfolgt wird.
22. Buko in Potsdam 26.-28.01.2014	Mütterrente	Die Bundesregierung und der deutsche Bundestag werden aufgefordert, die Gewährung der Entgeltpunkte für Mütter vor 1992 geborener Kinder so zu gestalten, dass alle Mütter (und anspruchsberechtigte Väter) diese additiv zu in diesen Zeiten erworbenen Rentenansprüchen aus Erwerbsarbeit erhalten können.
22. Buko in Potsdam 26.-28.01.2014	Umsetzung Empfehlung 1. Gleichstellungsbericht	Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Empfehlungen aus dem Gutachten der Sachverständigenkommission zum Ersten Gleichstellungsbericht unverzüglich umzusetzen. Dazu gehört insbesondere, dass Fehlanreize wie Betreuungsgeld, Ehegattensplitting etc. abgeschafft werden.

## **21. Bundeskonferenz Düsseldorf 2012**

21. Buko in Düsseldorf 22.-24.04.2012	Frau Schröder, packen Sie es endlich an! Setzen Sie die Empfehlungen des Gutachtens zum Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung um!	<p>Die BAG fordert die Bundesregierung auf, den Empfehlungen der Sachverständigenkommission an das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für den Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zu folgen. Dazu sollten zeitnah entsprechend Gender Mainstreaming alle Ministerien die Schritte zur Umsetzung der Vorschläge in den Bereichen Recht, Bildung, Wirtschaft, Arbeit und Soziales untereinander abstimmen und präsentieren.</p> <p>Insbesondere sollten die die Bundesministerien betreffenden Themen umgehend aufgegriffen und bearbeitet werden. Dazu zählen wir die Stellschrauben im Steuerrecht, in der Sozialgesetzgebung, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, eine Frauenquote in Vorständen und Aufsichtsräten und einen besseren Ausbau der Kinderbetreuung.</p>
21. Buko in Düsseldorf 22.-24.04.2012	Konsistenzprüfung der bundesweiten Gleichstellungspolitik	Die BAG fordert die Bundesregierung auf, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern gemäß Art. 3 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes durch eine konsistente Gesetzgebung zu fördern.
21. Buko in Düsseldorf 22.-24.04.2012	Einführung eines diskriminierungsfreien Bewertungssystems in	Die BAG fordert die Einführung eines diskriminierungsfreien Bewertungssystems in gleicher und gleichwertiger (Dienstleistungs-



	Tarifverträgen	)Arbeit von Frauen und Männern, z. B. auf der Basis der „Analytischen Arbeitsbewertung nach Katz und Baisch“ (ABAKABA)
21. Buko in Düsseldorf 22.-24.04.2012  Ähnlich auch bei 15. Buko in Berlin	Reformbedarf des Unterhaltsvorschuss-Gesetzes	Die BAG fordert eine Fortentwicklung und Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes ein. Der Anspruch auf Unterhaltsvorschuss muss bis zum 18. Lebensjahr von Kindern und Jugendlichen ausgeweitet werden. Die Bezugsdauer der Unterhaltsvorschussleistung muss von 72 auf 144 Monate erhöht werden. Der Anspruch auf Leistungen nach dem UVG darf bei Wiederheirat eines Elternteils nicht entfallen. Die Unterhaltsvorschussleistung muss zum Sozial- und Steuerrecht so abgestimmt werden, dass es die finanzielle Situation von Alleinerziehenden und damit des Kindes tatsächlich verbessert und der damit verbundene bürokratische Aufwand gering gehalten wird.
21. Buko in Düsseldorf 22.-24.04.2012	Aufnahme von weiblicher Genitalverstümmelung in den Diagnoseschlüssel der gesetzlichen Krankenkassen	Die BAG fordert, dass weibliche Genitalverstümmelung in den Diagnoseschlüssel gesetzlicher Krankenkassen aufgenommen wird.
21. Buko in Düsseldorf 22.-24.04.2012	Übernahme der Kosten für Befunddokumentation bei Gewalteinflüssen - insbesondere häusliche Gewalt - durch die Krankenkassen	Die BAG fordert die Übernahme der Kosten für Befunddokumentation bei Gewalteinflüssen – insbesondere häusliche Gewalt – durch die Krankenkassen. Hierzu sind über das Hilfesystem Kriterien zu entwickeln und ein Verfahrensweg zu etablieren.
21. Buko in Düsseldorf 22.-24.04.2012	Finanzierung des Hilfesystems bei Gewalt gegen Frauen: Pflichtleistung statt freiwillige Leistung	Die BAG fordert das Hilfesystem für von Gewalt betroffene Frauen am Bedarf zu orientieren auszubauen und adäquat zu finanzieren. Die Bereitstellung des Hilfesystems ist als Pflichtleistung zu definieren und entsprechend gesetzlich zu verankern.
21. Buko in Düsseldorf 22.-24.04.2012	Umgang mit Gewaltopfern und gerichtsverwertbare Dokumentation von Gewaltfolgen – Aufnahme in die Curricula bei der Ausbildung in medizinischen Berufen	Die BAG fordert die Aufnahme „Umgang mit Gewaltopfern“ in die Curricula bei der Ausbildung in medizinischen Berufen. Berufsbegleitend sind kontinuierliche Trainings und Weiterbildungsmaßnahmen zu verankern.  In der Ausbildung ist neben der psychologisch-kommunikativen Komponente insbesondere die Kenntnis und Anwendung der entwickelten Dokumentationsbögen zu vermitteln.  Zu den medizinischen Berufen zählen neben Ärztinnen und Ärzten (Allgemeinmedizin, Gynäkologie, Zahnmedizin, weitere Fachmedizinen) auch der Bereich der Pflege und weitere Gesundheitsfachberufe wie Medizinische Fachangestellte oder die Geburtshilfe durch Hebammen.  Die Erfahrungen des Modellprojektes „Medizinische Intervention gegen Gewalt an Frauen“ MIGG sollen genutzt und die Einführung der Interventionsstandards in die medizinische Versorgung von Frauen vorangebracht werden.

		Dabei ist die Bekanntmachung des Implementierungsleitfadens wichtig, ebenso wie die Kenntnis über vorhandene Netzwerkstrukturen und beruflicher Arbeitskreise zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ auf lokaler Ebene. Die Kenntnis ermöglicht, auf deren Arbeit aufzubauen. Wichtig auch die Vernetzung der Kooperationsbündnisse mit den Landesärztekammern und den Gesundheitsämtern.
--	--	--

## 20. Bundeskonferenz Wuppertal 2010

Datum	Thema	Titel/ Gegenstand
20. Buko in Wuppertal 02.-04.05.2010	Einführung paritätisch besetzter Wahlvorschlagslisten in den Kommunalparlamenten Deutschlands	Die BAG fordert alle Länderparlamente auf, ihre Kommunalwahlgesetze in der Form zu ändern, dass die Wahlchancen von Frauen bei Kommunalwahlen verbessert werden, indem bei der Aufstellung von Bewerberinnen und Bewerbern für die Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen eine alternierende paritätische Berücksichtigung von Frauen und Männern gewährleistet wird, sofern, wie im Regelfall, sowohl Frauen als auch Männer Mitglieder der Parteien und Wählervereinigungen sind.
20. Buko in Wuppertal 02.-04.05.2010	Evaluierung der beiden Messinstrumente Logib D und EG Check	Die Bundesregierung wird aufgefordert, die vorliegenden Messinstrument Logib D und EG Check zu evaluieren und dann zu entscheiden, welches der beiden Instrumente verpflichtend für alle Unternehmen eingeführt wird. Nach Schweizer Vorbild sollen Unternehmen, bei denen Lohndiskriminierung festgestellt wird, sanktioniert werden.
20. Buko in Wuppertal 02.-04.05.2010	Quote für Aufsichtsratsgremien börsennotierter Unternehmen	<p>1. Es ist eine Regelung im Deutschen Aktiengesetz zu verankern, dass die Aufsichtsräte deutscher Aktiengesellschaften bis zum Jahr 2015 mindestens zu 40 Prozent mit Frauen besetzt sein müssen. Ziel ist eine paritätische Vertretung.</p> <p>2. Es soll eine zentrale Datenbank eingerichtet werden, in die sich potentielle Aufsichtsratskandidatinnen und -kandidaten eintragen können.</p>
20. Buko in Wuppertal 02.-04.05.2010	Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft	Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft zu verabschieden, in dem u.a. festgelegt sind: <p>1. Personalentwicklungsmaßnahmen, die an Chancengleichheit orientiert sind und die innerhalb jeweils zu bestimmender Fristen insbesondere den Frauenanteil in Führungs- und Entscheidungspositionen entsprechend ihrer Repräsentanz im Betrieb erhöhen.</p>

		<p>2. Maßnahmen zum Abbau von geschlechtsspezifischen Entgelt Differenzen und deren Ursachen durch die Einführung von diskriminierungsfreien Arbeitsbewertungssystemen und</p> <p>3. transparente, nicht diskriminierende Entgeltsysteme und deren Bestandteile (Zulagen, Zuschläge, Leistungsprämien, etc.).</p>
20. Buko in Wuppertal 02.-04.05.2010	Umsetzung einer geschlechtergerechten Familienpolitik	Die Bundeskonferenz fordert die Bundesregierung auf, eine geschlechtergerechte Familienpolitik umzusetzen. Hierzu werden alle familienpolitischen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf traditionelle Rollenbilder überprüft.
20. Buko in Wuppertal 02.-04.05.2010	Auswirkungen des neuen Unterhaltsrechtes	Das Bundesarbeitsministerium, das Bundesjustizministerium und das Bundesfrauenministerium werden aufgefordert, eine Evaluation der Rechtsprechung in Bezug auf das neue Unterhaltsrecht vorzunehmen. Die Auswirkungen auf die Existenzsicherung der Frauen soll dabei besonders berücksichtigt werden.
20. Buko in Wuppertal 02.-04.05.2010  Auch 12. Buko in Rostock-Warnemünde und 16. Buko in DD ähnlicher Antrag	Versorgungsausgleich für bis zum 31.12.1991 geschiedene Frauen im Gebiet der ehem. DDR	Die Bundesregierung wird aufgefordert mit der geplanten Einführung eines einheitlichen Rentensystems in Ost und West die Benachteiligung durch den fehlenden Versorgungsausgleich für Frauen, die bis zum 31.12.1991 im Gebiet der ehemaligen DDR geschieden worden sind, zu beseitigen.
20. Buko in Wuppertal 02.-04.05.2010	Frauenpolitische Forderungen zum SGB II	<p>Die Bundesregierung wird deshalb erneut dazu aufgefordert, folgende zentrale Punkte umzusetzen:</p> <p>1. Den individuellen Leistungsanspruch für jedes erwachsene Familienmitglied zu ermöglichen und damit die Aufhebung von Bedarfsgemeinschaften umzusetzen.</p> <p>2. Aufnahme eines geschlechtsspezifischen Controllings in die strategischen Ziele und das Benchmarking.</p> <p>3. Schulungen im Bereich Geschlechtergerechtigkeit im Rahmen des Fallmanagements flächendeckend einzusetzen.</p> <p>4. Geschulte Fachdienste für besondere Zielgruppen, z.B. Schwerbehinderte, Migrantinnen, junge Schwangere unter 25 Jahren einzurichten, um zu gewährleisten, dass diese alle rechtmäßigen Hilfsangebote in Anspruch nehmen können.</p> <p>5. Gezielte Hilfen für Alleinerziehende zu konzipieren.</p>

		<p>6. Kostenerstattung für Verhütungsmittel oder eine alternative gesetzliche Regelung (z.B. über die gesetzliche Krankenversicherung), damit alle Frauen unabhängig von ihrem Einkommen die Wahlmöglichkeit in Bezug auf die Art der Schwangerschaftsverhütung haben.</p> <p>7. Anpassung der Leistungen für Hilfebedürftige und Kinder an den tatsächlichen Bedarf. Dazu gehört auch, dass bei einer allgemeinen Anpassung des steuerlichen Existenzminimums für Kinder (Kindergelderhöhung) diese auch für Kinder in der Grundsicherung erfolgen muss.</p> <p>8. Darüber hinaus sollte allen Kommunen, die optieren wollen, bei Vorliegen der Voraussetzungen, diese Möglichkeit gegeben werden.</p>
20. Buko in Wuppertal 02.-04.05.2010	Übernahme von Kosten der Familienplanung Auch 19. Buko FFM	Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert die Bundesregierung auf, die Sozialgesetzbücher II, III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden.
20. Buko in Wuppertal 02.-04.05.2010	Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns	Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert die Bundesregierung auf, auf die Einführung von Mindestlöhnen in allen Branchen hinzuwirken bzw. das Entsendegesetz dementsprechend anzupassen.
20. Buko in Wuppertal 02.-04.05.2010	Gewerberechtliche Regulierungen zur Genehmigung von Bordellen	Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen Frauenbüros setzt sich dafür ein, dass durch gewerberechtliche Regulierungen eine „Erlaubnispflicht“ von Bordellen und bordellartigen Betrieben sowie Standards für die Arbeitsbedingungen von Prostituierten eingeführt und vorangetrieben werden.
20. Buko in Wuppertal 02.-04.05.2010	Einführung der Workplace Policy	<p>Die Bundesregierung wird aufgefordert, die von TERRE DES FEMMES in Deutschland eingeführte Strategie der Workplace Policy in Unternehmen der Privatwirtschaft und Behörden einzuführen.</p> <p>Dazu fordern wir die Bundesregierung auf:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Strategie der Workplace Policy in geeigneter Weise gesetzlich zu verankern</li> <li>2. Die Konzepte und Erfahrungen zu nutzen und die Menschenrechtsorganisation TERRE DES FEMMES einzubinden</li> <li>3. Die Unternehmen und Behörden in geeigneter Weise zu informieren und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schulen</li> </ol>
20. Buko in Wuppertal 02.-04.05.2010	Unbezahlbare Haftpflichtprämien bedrohen die Existenz des	das Anliegen der Hebammen durch geeignete Maßnahmen (z.B. Aufforderung an die Bundesregierung oder an die

	Hebammenberufes und die flächendeckende Versorgung der Gebärenden	Krankenkassen) zu unterstützen.
20. Buko in Wuppertal 02.-04.05.2010	Verjährungsfrist bei sexuellem Missbrauch	Die Bundeskonferenz fordert das Bundesministerium der Justiz auf, die Verjährungsfrist der Strafverfolgung bei begangenen sexuellen und gewalttätigen Handlungen an Kindern und Jugendlichen aufzuheben.

## 19. Bundeskonferenz Frankfurt am Main 2008

19. Buko in Frankfurt am Main, 17.-19.08.2008	SGB II	Die Bundesregierung wird aufgefordert, das SGB II wie längst überfällig hinsichtlich der Geschlechtergerechtigkeit nachzubessern.
19. Buko in Frankfurt am Main, 17.-19.08.2008	Anrecht auf eigene Wohnung	Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Frauenbeauftragten fordert alle Fraktionen der Bundesregierung auf, durch Ergänzung des § 22 SGB II die rechtliche Grundlage zu schaffen, die hilfebedürftigen unter 25jährigen Schwangeren und Müttern mit Kind ein Anrecht auf die Übernahme der Kosten der Unterkunft und Heizung für eine eigene Wohnung garantiert.
19. Buko in Frankfurt am Main, 17.-19.08.2008	Geschlechterdifferenzierte Datenerhebung der Bundesagentur für Arbeit, der ARGE sowie der optierenden Kommunen und deren Veröffentlichung	Die BAG fordert die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass die Bundesagentur für Arbeit sowie die ARGEN und die optierenden Kommunen ihre Daten geschlechtsdifferenziert erheben und veröffentlichen
19. Buko in Frankfurt am Main, 17.-19.08.2008	Gesundheitsfachberufe	Die Bundesregierung wird aufgefordert, die notwendigen Finanzierungsstrukturen für das dritte Ausbildungsjahr bei Umschulungen in Gesundheitsfachberufen zu schaffen.
19. Buko in Frankfurt am Main, 17.-19.08.2008	Teilzeitstudium und Teilzeitbafög	Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen setzt sich dafür ein, dass die Bedingungen für Studentinnen und Studenten mit Familienpflichten durch die Möglichkeit eines Teilzeitstudiums und der Einführung von Teilzeitbafög verbessert werden.
19. Buko in Frankfurt am Main, 17.-19.08.2008	Sicherung Infrastruktur zur Bekämpfung häuslicher Gewalt	Gesetzliche Rahmenbedingungen für ein flächendeckendes Hilfesystem als Pflichtleistung bei Fällen häuslicher Gewalt schaffen, das folgende Bausteine enthält: - Schutzeinrichtungen für Frauen und Kinder - Fachberatungsstellen für Frauen und Männer - Interventionstellen - Ambulante Hilfen für Opfer (GwSchG) - Täterarbeit (Beratung und Trainingkurse)
19. Buko in Frankfurt am Main, 17.-19.08.2008	Modellprojektes beschleunigtes Verfahren bei häuslicher Gewalt, auch 18. Buko in Köln	Anwendung des Beschleunigten Verfahrens bei allen Fällen häuslicher Gewalt. Das Bundesjustizministerium wird aufgefordert ein Modellprojekt „Beschleunigtes Verfahren bei Fällen häuslicher Gewalt“ einzurichten.
19. Buko in Frankfurt am	Ersatz von Kosten der Familienplanung	Die Bundesregierung wird aufgefordert, verbindlich zu regeln, dass Empfängerinnen von

Main, 17.-19.08.2008	(Versorgung mit empfängnisverhütenden Mitteln) für Frauen, die 20 Jahre und älter sind und Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II beziehen., auch 18. Buko in Köln	Leistungen nach dem SGB II, dem Bundesausbildungsförderungsgesetz, dem Asylbewerberleistungsgesetz oder dem SGB XII, die 20 Jahre und älter sind, auf Antrag die Kosten empfängnisverhütender, ärztlich verordneter Mittel, die von der gesetzlichen Krankenversicherung nicht übernommen werden, erstattet bekommen.
19. Buko in Frankfurt am Main, 17.-19.08.2008	Fachberatungsstellen für Prostituierte	Wir fordern den Ausbau und die dauerhaft gesicherte Finanzierung von Fachberatungsstellen für Prostituierte.
19. Buko in Frankfurt am Main, 17.-19.08.2008	Gender Mainstreaming	Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Strategie des Gender Mainstreaming in allen Bundesministerien systematisch zu vertiefen und zu erweitern und damit die Gleichstellung von Frauen und Männern als Querschnittsaufgabe bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen spürbar voranzubringen.
19. Buko in Frankfurt am Main, 17.-19.08.2008	Equal Pay auch im TVöD	Die Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fordert das Bundesministerium des Innern und das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend dazu auf, die von den Tarifvertragsparteien proklamierte diskriminierungsfreie Umsetzung des TVöD zu unterstützen und finanzielle Mittel zur gleichstellungsorientierten Analyse der bereits vollzogenen und der anstehenden Veränderungen im Bereich Grundentgelt, Leistungsentgelt und Entgeltordnung bereit zu stellen.
19. Buko in Frankfurt am Main, 17.-19.08.2008	Professionalisierung der Kindertagespflege	Die Bundesregierung wird aufgefordert per Gesetz Rahmenrichtlinien und fachlich begründete Standards im Bereich der Kindertagespflege bundeseinheitlich zu regeln.
19. Buko in Frankfurt am Main, 17.-19.08.2008	Ablehnung Betreuungsgeld	Die BAG fordert die Bundesregierung auf, Abstand vom geplanten Betreuungsgeld zu nehmen.
19. Buko in Frankfurt am Main, 17.-19.08.2008	Unterhaltsrecht	Das Bundesarbeitsministerium, das Bundesjustizministerium und das Bundesfamilienministerium werden aufgefordert, Kinderbetreuung schnellstmöglich auszubauen und existenzsichernde Erwerbsarbeit von Frauen zu fördern. Somit werden Rahmenbedingungen geschaffen, um eine eigenständige Existenzsicherung von geschiedenen Frauen und deren Kindern zu ermöglichen.
19. Buko in Frankfurt am Main, 17.-19.08.2008	Förderung alternativer Wohnprojekte	Die Bundesregierung wird aufgefordert, alternative Wohnprojekte im Alter zu fördern.

## 18. Bundeskonferenz Köln 2006

<b>Datum</b>	<b>Thema</b>	<b>Titel/ Gegenstand</b>
18. Buko in Köln, 5.-7.11.2006	Die eigenständige Existenzsicherung von Frauen – Prüfstein für die Bundesrepublik	Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Recht auf eine eigene Existenzsicherung von Frauen zu verwirklichen.
18. Buko in Köln, 5.-7.11.2006	Arbeitszeitverlängerung unter frauenpolitischen Gesichtspunkten	Die Gleichstellungsbeauftragten protestieren gegen die beschlossenen Arbeitszeitverlängerungen im öffentlichen Dienst und fordern die Tarifvertragsparteien und die politisch Verantwortlichen dazu auf, sich für eine Arbeitszeitpolitik einzusetzen, die <ul style="list-style-type: none"> <li>- Familien mehr Zeitsouveränität gibt</li> <li>- geschlechtergerechte Arbeitsteilung in Beruf und Familie ermöglicht und fördert</li> <li>- ein Roll-Back im Sinne von „Frauen zurück an den Herd“ verhindert</li> <li>- das Ziel der Balance von Familie und Beruf für Frauen und Männer aus der Nische der Familienpolitik herausholt, frauenpolitisch thematisiert und in die Arbeitsmarktpolitik hineinträgt.</li> </ul>
18. Buko in Köln, 5.-7.11.2006	Geschlechtsspezifisches Controlling im SGB II	Der Bundesminister für Arbeit und Soziales wird aufgefordert, das Kriterium der Geschlechtergerechtigkeit als Kernziel in das Ziel- und Steuerungssystem des SGB II aufzunehmen.
18. Buko in Köln, 5.-7.11.2006	Einführung eines Grundeinkommens	Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Studie in Auftrag zu geben, in der Möglichkeiten zur Einführung eines Grundeinkommens geprüft werden. Ziel ist, die Realisierungschancen eines geschlechtergerechten lohn- und leistungsunabhängigen Existenzminimums für alle Bürgerinnen und Bürger darzustellen und eine Umsetzung in konkrete Politik zu ermöglichen. Gleichzeitig müssen die Finanzierungsmöglichkeiten unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten geprüft werden.
18. Buko in Köln, 5.-7.11.2006	Reduzierte Arbeitszeit bei gleichem Entgelt für Mütter und Väter	Die Tarifvertragsparteien werden aufgefordert, Tarifverträge so zu gestalten, dass Frauen und Männer mit Kindern bis zum 14. Lebensjahr, die im Haushalt leben, ihre Arbeitszeit bei gleichem Gehalt um 5% reduzieren können. Eine anteilige Anpassung erfolgt bei Teilzeitbeschäftigten. Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine entsprechende gesetzliche Regelung zu schaffen, so dass auch von Tarifverträgen nicht erfasste erwerbstätige Eltern davon profitieren können.
18. Buko in Köln, 5.-7.11.2006	Senkung der Mehrwertsteuer	Die Bundesregierung wird aufgefordert, ab dem 01.01.2007 die Mehrwertsteuer auf alle Produkte für Kinder auf den ermäßigten Steuersatz zu senken.
18. Buko in Köln, 5.-7.11.2006	Gender Mainstreaming im Gesundheitssystem	Die Bundesregierung wird aufgefordert, Gender Mainstreaming im Gesundheitssystem anzuwenden sowie das Gesetz zur Modernisierung der

		<p>gesetzlichen Krankenversicherung in folgenden Punkten zu überarbeiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Geschlechtergerechte Sprache</li> <li>• Zuzahlungen</li> <li>• Verhütungsmittel</li> <li>• Reduzierte Leistungsansprüche für Schwangere</li> <li>• Dokumentationspflichten</li> <li>• Fallpauschalen</li> <li>• Mutter- Vater- Kind Kuren</li> <li>• Frauengerechte Dosierung und Entwicklung von Medikamenten</li> <li>• Gesundheitsberichterstattung</li> <li>• Angemessene Vertretung in Gremien</li> </ul>
18. Buko in Köln, 5.-7.11.2006	Soziale Lage und Beschäftigungsbedingungen für freiberuflich Beschäftigte in der Weiterbildung	Die BAG fordert das Bundesgesundheitsministerium auf, Verbesserungen hinsichtlich der Krankenversicherung der in der Weiterbildung Beschäftigten, hier vor allem der freiberuflich Tätigen, durchzuführen.
18. Buko in Köln, 5.-7.11.2006	Hilfe zur Familienplanung nach § 49 SGB XII, auch 19. Buko FFM und 20. Buko Wuppertal	Der Gesetzgeber wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass auch für über 20-jährige hilfebedürftige Personen eine Übernahme der Kosten für empfängnisverhütende Mittel erfolgt.
18. Buko in Köln, 5.-7.11.2006	Sexistische und diskriminierende Werbung	Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen empfiehlt dem Deutschen Werberat sich selbst aufzulösen
18. Buko in Köln, 5.-7.11.2006	Bekämpfung der häuslichen Gewalt, auch 19. Buko FFM	Das Bundesjustizministerium wird aufgefordert ein Modellprojekt „Beschleunigtes Verfahren bei Fällen häuslicher Gewalt“ einzurichten.
18. Buko in Köln, 5.-7.11.2006	Verpflichtende Bestellung von kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten	Die Länder werden aufgefordert, sich für die gesetzeskonforme Umsetzung einer modernen Gleichstellungs- und Frauenpolitik einzusetzen. Auf der Ebene der Länder und Kommunen ist die <b>hauptamtliche</b> Bestellung von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten auf kommunaler Ebene als bundesweiter Standard zu installieren. Die gesetzlichen Voraussetzungen auf Länderebene müssen so ausgestaltet sein, dass eine innovative Gleichstellungsarbeit in den Kommunen und Landkreisen für ein geschlechtergerechtes Miteinander möglich ist. Die Ausstattung der Frauen- und Gleichstellungsbüros muss personell, finanziell und sachlich der zu leistenden komplexen Aufgabe entsprechen. Eine Nichtbeachtung der vorhandenen Ländergesetzgebung (Gleichstellungs- oder Gleichberechtigungsgesetze) durch die Kommunen muss konsequent angemahnt und sanktioniert werden.
18. Buko in Köln, 5.-7.11.2006	Die Rolle der Gleichstellungsbeauftragten im Kontext des AGG	Die kommunalen Spitzenverbände werden gebeten, ihren Mitgliedern die Vorgaben und Ausgestaltungen zur Gleichstellung von Frau und Mann in den Kommunen als richtungweisend für die Maßnahmen zum AGG zu empfehlen.



		Die vorgesehene betriebliche Beschwerdestelle auf kommunaler Ebene soll in Form einer Beschwerdekommision, an der die kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten beteiligt sind, tätig werden.
18. Buko in Köln, 5.-7.11.2006	Beteiligung der BAG am Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes	Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert das BMFSFJ auf, eine Sprecherin der BAG in den Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zu berufen.
18. Buko in Köln, 5.-7.11.2006	Frauenrechte sind Menschenrechte	Die derzeitige Anwendung des „ordre public“ und die damit verbundene Rechtsprechung entsprechen nicht mehr der aktuellen gesellschaftlichen Lage mit einem Anteil an Menschen mit einer anderen als der deutschen Staatsbürgerschaft. Wir fordern die Bundesregierung auf zu prüfen, inwieweit Frauen und minderjährige Mädchen trotz des bestehenden „ordre public“ in ihrer freien Wahl eines Ehepartners eingeschränkt werden, bzw. in ihren schutzwürdigen Rechten benachteiligt werden. Die Bundesregierung muss darauf hinwirken, dass nicht nur innerhalb der EU sondern besonders mit Staaten außerhalb der EU in Fragen der Eheschließung die bestehenden Regelungen überprüft und in Fällen der Benachteiligung von Frauen und Mädchen geändert werden.

## 17. Bundeskonferenz Schwerin 2005

Datum	Thema	Titel/ Gegenstand
17. Buko in Schwerin, 5.-6.06.2005	<i>Schweriner Leitsätze</i> „Den Staat geschlechtergerecht gestalten“	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie viel Staat brauchen die Frauen?</li> <li>• Bildungspolitik ist Gesellschaftspolitik</li> <li>• Soziale Sicherung geschlechtergerecht gestalten</li> <li>• Neue Konzepte für Arbeitsmarkt und Beschäftigung durch innovative Arbeitszeitpolitik</li> </ul>
17. Buko in Schwerin, 5.-6.06.2005	Beschlüsse: SGB II – Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten	Die Sprecherinnen der BAG werden beauftragt, sich bei den zuständigen Ministerien für die Aufnahme einer gesetzlichen Verankerung (z.B. in den Rechtsverordnungen zum SGB II) zur verbindlichen Beteiligung von kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten sowie den Beauftragten für Chancengleichheit der Agentur für Arbeit in den begleitenden Gremien der optierenden Kommune bzw. In den Ags (Trägerversammlung/Beirat) vor Ort einzusetzen.
17. Buko in Schwerin, 5.-6.06.2005	SGB II Studie zu den frauen- und familienpolitischen	Im Rahmen des Monitoring zur Umsetzung des Reformpaketes HARTZ IV ist durch die Bundesregierung eine Studie zu den frauen- und

	Auswirkungen von HARTZ IV	familienpolitischen Auswirkungen in Auftrag zu geben. Entsprechende Erkenntnisse müssen bei einer angekündigten Nachbesserung Berücksichtigung finden
17. Buko in Schwerin, 5.-6.06.2005	SGB II Änderungsbedarf	Die BAG fordert die politischen Verantwortlichen auf, gesetzliche Änderungen im SGB II vorzunehmen: Die Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt orientieren sich an einem frauen- und familienpolitischen Leitbild, das rückwärts gewandt ist und der Realität nicht mehr entspricht....
17. Buko in Schwerin, 5.-6.06.2005	Equal Pay Day – Strategien zur Entgeltgleichheit von Frauen und Männern mit dem Ziel der gleichen Bezahlung gleichwertiger Arbeit bzw. der besseren Bezahlung typischer Frauenarbeit	Lohnungleichheit hat vor allem strukturelle Ursachen, denen auf verschiedenen Ebenen begegnet werden muss. Die Bundesregierung wird aufgefordert <ul style="list-style-type: none"> <li>• jährlich einen Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern zu erstellen und zielgerichtete Maßnahmen zur Angleichung der Entgelte zu entwickeln und</li> <li>• Ursachen für Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern zu beheben.</li> </ul>
17. Buko in Schwerin, 5.-6.06.2005	Institutionalisierte Gleichstellungspolitik	Die Bundesfrauenministerin, sowie die Frauen- und InnenministerInnenkonferenzen werden aufgefordert den Abbau institutionalisierte Gleichstellungspolitik ab zu wenden und zu überprüfen, ob bestehende Rechtsvorschriften zur Bestellung und Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten ausreichend sind um den verfassungsmäßigen Auftrag zur Gleichberechtigung in den Ländern und den Kommunen umzusetzen.
17. Buko in Schwerin, 5.-6.06.2005	Reform der Elternzeit	Die BAG unterstützt die Überlegungen, eine grundlegende Reform der jetzt geltenden Elternzeitregelungen vorzunehmen und wünscht die zügige Einführung. Die BAG fordert die Umwandlung des jetzigen Erziehungsgeldes in ein lohnabhängiges Elterngeld befristet für ein Jahr. Das Elterngeld soll wie in Skandinavien oder anderen Ländern Westeuropas als Lohnersatzleistung (vergleichbar Krankengeld/Arbeitslosengeld)) gezahlt werden. Die BAG fordert die Bundesregierung auf, bei der Neuregelung des Elternzeitgesetzes Väter an der Elternzeit verpflichtend hälftig zu beteiligen. Wird kein Wechsel vorgenommen, entfallen die entsprechenden Beurlaubungszeiten.
17. Buko in Schwerin, 5.-6.06.2005	Auflösung der GFMK	Wir fordern die Rücknahme des Beschlusses der GFMK vom 03.06.2005, welche die Zusammenlegung der beiden Konferenzen GFMK und JMK vorsieht. Es wird dadurch eine nachhaltige Schwächung der Frauen- und Gleichstellungspolitik in Bund und Ländern eintreten.

## 16. Bundeskonferenz Dresden 2003

<b>Datum</b>	<b>Thema</b>	<b>Titel/ Gegenstand</b>
16. Buko in Dresden, 30.11.-3.12.2003	<i>Dresdener Dokument</i> Frauenagenda zum neuen Sozialstaat	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wo wir stehen</li> <li>• Die Agenda 2010: eine männerdominierte Machtentscheidung, ein Einschnitt</li> <li>• Was verstehen wir unter sozialer Gerechtigkeit?</li> <li>• Wovon wir uns leiten lassen – Werte, Grundsätze, Ziele</li> <li>• Was erwarten wir vom Staat?</li> <li>• Wohin wollen wir – kurz- und mittelfristige Ziele</li> <li>• Mit wem wollen wir das durchsetzen?</li> </ul>
16. Buko in Dresden, 30.11.-3.12.2003	Arbeitsmarkt – Neue Leistung	Die Vollversammlung der k. FB in Niedersachsen beauftragte die LAG- und die BAG-Sprecherinnen, sich dafür einzusetzen, dass die Kommunen maßgeblichen Gestaltungsspielraum bei der „Neuen Hilfe“ behalten und diesen dazu nutzen, die Lebenslagen von Frauen differenziert zu berücksichtigen.
16. Buko in Dresden, 30.11.-3.12.2003	Wissenschaftliche Frauenkommission	Die Bundesregierung wird aufgefordert eine wissenschaftliche Frauenkommission einzusetzen, welche die vorgeschlagenen Reformpakete HARTZ IV-Papier, Agenda 2010 und Reform der sozialen Sicherungssysteme hinsichtlich ihrer Auswirkung auf Frauen und Männer überprüft. Die Ergebnisse werden veröffentlicht. Bereits vorhandene Studien im Bereich der sozialen Sicherungssysteme, wie z.B. der Bericht zur gesundheitlichen Situation von Frauen in Deutschland, sind, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Entwicklungen in den alten und neuen Bundesländern, hinzuzuziehen.
16. Buko in Dresden, 30.11.-3.12.2003	Lohnungleichheit und diskriminierende Arbeitsbewertung	Die Bundesregierung wird aufgefordert im Rahmen einer Gesetzesinitiative darauf einzuwirken, dass Tarifvertragsparteien, unter Beibehaltung der Tarifautonomie, und Unternehmen verpflichtet werden, Verfahren und Kriterien zur diskriminierungsfreien und durchschaubaren Bewertung unterschiedlicher Tätigkeiten zu entwickeln, bestehende tarifliche oder betriebliche Entgeltsysteme auf ihre Diskriminierungsfreiheit zu überprüfen und ggf. zu korrigieren.
16. Buko in Dresden, 30.11.-3.12.2003	Absenkung der Arbeitslosenhilfe	Die BAG spricht sich gegen eine Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau aus und lehnt diese ab.
16. Buko in Dresden, 30.11.-3.12.2003	Ausweitung des Niedriglohnssektors	Die BAG fordert alle politischen Kräfte auf, die Ausweitung des Niedriglohnssektors zurückzunehmen.
16. Buko in Dresden, 30.11.-3.12.2003	Frauenhäuser/HARTZ IV	Die Bundesregierung wird aufgefordert die Finanzierung der Hilfssysteme für von Gewalt betroffene Frauen und Kindern als staatliche

		Pflichtaufgabe anzuerkennen.
16. Buko in Dresden, 30.11.-3.12.2003	Alterssicherung DDR-Geschiedene auch 12. Buko in Rostock-Warnemünde und 15. Buko in Berlinähnlicher Antrag	Die Sprecherinnen der BAG werden aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass für Frauen aus den neuen Bundesländern, die vor dem 1.1.1992 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR geschieden wurden, und bisher vom Vorsorgeausgleich ausgeschlossen sind, eine Verbesserung der Alterssicherung, die auch die Geschiedenen-Wittwenversorgung einbezieht, geschaffen wird.
16. Buko in Dresden, 30.11.-3.12.2003	Überprüfung des § 122 BSHG – Abschaffung der Abhängigkeit von Frauen in nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften	Die Bundesregierung wird aufgefordert, die bestehenden Rechtsvorschriften des § 122 BSHG in seiner Umsetzung dahingehend zu überprüfen, dass Frauen nicht zwangsläufig in ein Abhängigkeitsverhältnis zu einem vorhandenen oder vermuteten Partner geraten und ihren eigenständigen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt verlieren.
16. Buko in Dresden, 30.11.-3.12.2003	Frauenfeindliche Werbung Auch 15. Buko Berlin	Bei der anstehenden Reform des deutschen Rechts gegen den unlauteren Wettbewerb ist in den Entwurf die Schaffung klarer gesetzlicher Regelungen zum Verbot geschlechtsdiskriminierender – insbesondere frauenfeindlicher, sexistischer, jugendgefährdender – Werbung aufzunehmen.  Die Bundesregierung wird aufgefordert, gesetzliche Maßnahmen zur Unterbindung pornografischer, sexistischer Darstellungen im öffentlichen Raum zu ergreifen
16. Buko in Dresden, 30.11.-3.12.2003	Gewalt gegen Frauen und Kinder	Die Bundesregierung wird aufgefordert die Finanzierung der Hilfsysteme für gewaltbetroffene Frauen und Kinder als staatliche Pflichtaufgabe anzuerkennen.
16. Buko in Dresden, 30.11.-3.12.2003	Ausbildung Polizei – zum Thema Häusliche Gewalt	Die BAG fordert die Innenminister der Bundesländer auf, dafür Sorge zu tragen, dass als Bestandteil der Aus- und Fortbildung von PolizeibeamtInnen das Thema „Häusliche Gewalt – polizeiliches Handeln“ aufgenommen wird.
16. Buko in Dresden, 30.11.-3.12.2003	Telefonspiele privater Rundfunkveranstalter	Die BAG distanziert sich von den Telefonspielen privater Rundfunkveranstalter, die in aufreißerischer Form und sprachlich sehr niedrigen Niveau dargeboten werden. Die Landesmedienstellen werden aufgefordert, im Rahmen ihrer Programmbeobachtungen dieses Genre weiterhin kritisch zu begleiten. ..
16. Buko in Dresden, 30.11.-3.12.2003	Gender Budgeting Analyse	Die Bundesregierung wird aufgefordert die Bundesfinanzpolitik und den Bundeshaushalt einer Gender Budgeting Analyse zu unterziehen. In diesen Prozess der Praktizierung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes sind Genderexpertinnen sowie Nichtregierungsorganisationen einzubeziehen.
16. Buko in Dresden,	Quotierung aller Gremien – Konsequente Umsetzung des	Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei der Besetzung sämtlicher Gremien (Ausschüsse,

30.11.-3.12.2003	BGremBG	Beiräte, Kommissionen, Vorstände, Projektgruppen, Verwaltungs- und Aufsichtsräte etc.) konsequent das BgremBG anzuwenden. Das Instrument der Doppelbenennung ist von allen berufenen oder bestehenden Stellen gleichermaßen anzuwenden.
16. Buko in Dresden, 30.11.-3.12.2003	GATS Abkommen	Die Bundesregierung wird aufgefordert die Dienstleitungsverhandlungen sofort zu stoppen. Alle bereits eingeleiteten Verhandlungsschritte und die damit verfolgten Zielsetzungen sind offen zu legen und über zentrale Forderungen ist eine breite öffentliche Debatte zu führen.
16. Buko in Dresden, 30.11.-3.12.2003	EU Richtlinie zur Gleichstellung	Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Blockadehaltung gegenüber der Veröffentlichung dieser EU-Richtlinie aufzugeben. Ganz im Gegenteil erwarten wir, sich für die Richtlinie auch gegen die Versicherungslobby und einen Teil der Medienwirtschaft einzusetzen.  Wir fordern die Mitglieder des Deutschen Bundestages und die Mitglieder des EU-Parlamentes auf, ihrer Verantwortung für ein Europa gerecht zu werden, das Frauen und Männern die Chance einer gleichberechtigten Lebensgestaltung eröffnet.
16. Buko in Dresden, 30.11.-3.12.2003	Gleichberechtigter Sprachgebrauch im Personenstandswesen	Die Bundesregierung wird aufgefordert das Personenstandsgesetz und die Dienstanweisung für die StandesbeamtInnen und ihre Aufsichtsbehörden dahingehend zu ändern, dass dem geschlechtsspezifischen Sprachgebrauch Rechnung getragen wird und Urkunden nicht nur „Der Standesbeamte“ tragen. Der Verlag für Standesamtswesen soll beauftragt werden, die Vordrucke entsprechend neu zu gestalten.
16. Buko in Dresden, 30.11.-3.12.2003	Wahl einer Bundespräsidentin	Die BAG beschließt, auf der Basis des bereits auf der letzten Buko in Berlin 2002 verabschiedeten Antrages (Nr. 14) alle verantwortlichen Politikerinnen und Politiker aufzufordern, im Jahre 2004 eine Bundespräsidentin zu wählen.
16. Buko in Dresden, 30.11.-3.12.2003	Erhalt der Rechtsgrundlage der Niedersächsischen Frauenbeauftragten	* Text liegt nicht vor
16. Buko in Dresden, 30.11.-3.12.2003	Informationsbörse für Frauen	Das Bundesministerium für FSFJ wird aufgefordert, die Aktion „Informationsbörse für Frauen“ weiter zu führen.

## 15. Bundeskonferenz Berlin 2002

Datum	Thema	Titel/ Gegenstand
15. Buko in	Frauenrechte durch	• Den Frauen die Hälfte der Macht

Berlin, 9.-12.06.2002	Frauenpolitik realisieren  Erklärung der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten anlässlich der 15. Buko	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gender-Mainstreaming braucht Frauenförderung</li> <li>• Frauenpolitik ist mehr als Familienpolitik</li> <li>• Aufbruch in eine moderne Familienpolitik - feministische Akzente setzen</li> <li>• Steuern gerecht erheben und gerecht verteilen</li> <li>• Altersvorsorge geschlechtergerecht gestalten</li> <li>• Gesundheitspolitik für Frauen</li> <li>• Chancengleichheit im Arbeitsleben realisieren</li> </ul>
15. Buko in Berlin, 9.-12.06.2002	Neues Kindschaftsrecht	Die BAG begrüßt die Begleitforschung zu Handhabung und Auswirkungen des neuen Kindschaftsrechts und fordert das BMFSFJ auf, den Erfahrungen in der Umsetzung des Kindschaftsrechts bei Fällen häuslicher Gewalt besonderes Gewicht im Rahmen der vorgesehenen Novellierung zu geben.
15. Buko in Berlin, 9.-12.06.2002	Benachteiligung allein erziehender Mutter und Vater im neuen Steuerrecht seit 1.1.2002	Die Bundessprecherinnen sind aufgefordert, ihre Bemühungen bezüglich der steuerlichen Benachteiligung Alleinerziehender verstärkt fortzusetzen. Der stufenweise Wegfall der Steuerklasse II und die gleichzeitige Beibehaltung des Ehegattensplittings sind familienpolitisch nicht mehr vertretbar. Die Bundessprecherinnen setzen sich gegen beide gesetzlichen Regelungen aktiv ein.
15. Buko in Berlin, 9.-12.06.2002	Studierende Mutter und Forderungshöchstdauer nach dem BAföG	<ul style="list-style-type: none"> <li>• §10 Abs. 3, S. 1 BAföG soll dahingehend geändert werden, die Förderungsvoraussetzungen künftig altersunabhängig zu prüfen.</li> <li>• § 10 Abs. 3, Nr.3 BAföG soll dahingehend geändert werden, eine Altersbegrenzung für zu erziehende Kinder nicht mehr festzulegen, sondern die Erforderlichkeit elterlicher Gegenwart einer Einzelfallprüfung zuzuführen.</li> <li>• 3. § 10 Abs. 3, Nr. 4, S.2 BAföG soll künftig entfallen.</li> </ul>
15. Buko in Berlin, 9.-12.06.2002	Unterhaltsvorschuss	Der Unterhaltsvorschuss nach dem »Gesetz zur Sicherung des Unterhalts von Kindern allein stehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder - ausfallleistungen« (Unterhaltsvorschussgesetz) ist in § 1 »Berechtigte«, 1. zu erweitern über das zwölften Lebensjahr der Kinder hinaus bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres bzw. bis zur Beendigung der ersten Ausbildung; 2. nicht wie in § 3 »Dauer der Unterhaltsleistung« beschrieben auf sechs Jahre (72 Monate) zu begrenzen, sondern darüber hinaus zu gewähren bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres bzw. bis zur Beendigung der ersten Ausbildung.
15. Buko in Berlin, 9.-12.06.2002	<a href="#">Rentenüberleitungsgesetz</a> Auch 12. Buko in Rostock-Warnemünde und	<a href="#">Die Bundesregierung wird aufgefordert werden eine Korrektur des Rentenüberleitungsgesetzes entsprechend dem Entschließungsantrag des</a>

	16. Buko in DD ähnlicher Antrag	<a href="#">Bundesrates (März 2002) zu Gunsten der Alterssicherung der bis zum 31.12.1991 geschiedenen DDR Frauen noch in diesem Jahr vorzunehmen.</a>
15. Buko in Berlin, 9.-12.06.2002	Strahlenschutzverordnung	Die Bundesregierung wird aufgefordert, die neue Strahlenschutzverordnung dahingehend zu ändern, dass die Strahlenschutzbestimmungen von 1989 wieder greifen. Die neue Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) von 2001 enthält nicht mehr die Strahlenschutzbestimmungen von 1989, die für schwangere und stillende Frauen Tätigkeitseinschränkungen und -verbote vorsah.
15. Buko in Berlin, 9.-12.06.2002	Job-Aktiv-Gesetz	Die BAG fordert eine Nachbesserung des Job-Aktiv-Gesetzes für die neuen Bundesländer in folgenden Punkten: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Finanzierung der Weiterbildung von Beschäftigten in Regie-ABM</li> <li>• Aufweichung der grundsätzlichen Wartezeit von drei Jahren bis eine neue ABM oder SAM begonnen werden kann</li> </ul>
15. Buko in Berlin, 9.-12.06.2002	Gleichbehandlung von Müttern bei stationären Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen	Die BAG setzt sich für die Gleichbehandlung von mütterspezifischen Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen ein und fordert die gesetzlich festgeschriebene Vollfinanzierung dieser Maßnahmen, damit Frauen nicht von diesem frauenspezifischen und Salutogenen Gesundheitsangebot ausgegrenzt werden. Ziel ist die Gleichbehandlung von Müttern bei den stationären Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen (§§ 24 und 41 SGB V) durch die gesetzliche Vollfinanzierung analog zu den anderen stationären Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen (§§ 23 Abs. 4 und 40 Abs. 2 SGB V).
15. Buko in Berlin, 9.-12.06.2002	Mütterkuren und Mutter-Kind-Kuren als vollfinanzierte Regelleistung	Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der Neuordnung der gesetzlichen Krankenversicherung Mütterkuren und Mutter-Kind-Kuren als vollfinanzierte Regelleistung zu normieren.
15. Buko in Berlin, 9.-12.06.2002	Brustkrebs – Qualitätssicherung der Mammografie, Ausweitung der Methoden zur Früherkennung und Heilung	Wir fordern alle politisch Verantwortlichen auf, dem Thema Brustkrebs endlich die angemessene Priorität einzuräumen und alles in ihrer Macht stehende zur Durchsetzung folgender Forderungen zu tun: ...
15. Buko in Berlin, 9.-12.06.2002	Aufnahme von Gender-Richtlinien in die Forschung im Gesundheitssektor	Deshalb fordern wir, dass in Zukunft mehr Gelder in die Forschung gesteckt werden, die sich mit eben dieser Erforschung der Krankheitsbilder von Frauen befasst.
15. Buko in Berlin, 9.-12.06.2002	<a href="#">Gleiches Strafmaß bei sexuellem Missbrauch und Vergewaltigung von behinderten Frauen wie Nichtbehinderten</a>	<a href="#">Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Strafmaß bei sexuellem Missbrauch und Vergewaltigung von behinderten Frauen dem im § 177 StGB festgesetzten Strafmaß bei sexuellem Missbrauch und Vergewaltigung von Frauen und Mädchen gleichzusetzen.</a>
15. Buko in Berlin,	Aufhebung der Residenzpflicht für von	Es ist eine Initiative zur Aufhebung der Residenzpflicht für von Gewalt bedrohte

9.-12.06.2002	Gewalt bedrohte Asylbewerberinnen	Asylbewerberinnen beim zuständigen Bundesministerium zu starten. Folgende Änderung soll im AsylVfG § 56, 57 und 58 vorgenommen werden: Der zugewiesene Aufenthaltsbereich ist für von Gewalt bedrohte Frauen auf deren Antrag hin zu ändern.
15. Buko in Berlin, 9.-12.06.2002	Geschlechtsspezifische Erhebung von Daten	Die Bundesregierung und die Landesregierungen werden zur umfassenden geschlechtsspezifischen Datenerhebung aufgefordert, um Gender Mainstreaming durchzuführen.
15. Buko in Berlin, 9.-12.06.2002	Sexistische Plakatierung in den Kommunen Auch 16. Buko in Dresden	Darstellungen und Aussagen in der Werbung dürfen nicht die Menschenwürde und das allgemeine Anstandsgefühl verletzen und bestimmte Personen oder Personengruppen nicht herabwürdigen oder verächtlich machen. Deshalb darf vor allem nicht der Eindruck erweckt werden, dass bestimmte Personen oder Personengruppen unter anderem wegen ihres Geschlechts, ihrer Herkunft oder ihrer Anschauung minderwertig seien oder in Gesellschaft, Beruf und Familie willkürlich ungleich behandelt werden können. Zur Beachtung dieser Grundsätze zählt insbesondere auch, dass bei der Darstellung von Personen in der Werbung sexuell aufreizende Abbildungen oder Texte unterlassen werden.
15. Buko in Berlin, 9.-12.06.2002	Frauen in politische Ämter	Frauen stellen über die Hälfte der Bevölkerung dar. Eine angemessene politische Vertretung auf allen Hierarchieebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen ist daher im 21. Jahrhundert Pflichtaufgabe einer Demokratie. Nicht umsonst sind diese Forderungen in der Agenda 21 verankert. Ebenso ist eine Zielsetzung der europaweit verbindlichen EU-Richtlinie des Gender-Mainstreaming, die Auswirkungen und Bedeutung aller Entscheidungen und Maßnahmen auf Frauen und Männer zu hinterfragen, um ggf. gegenzusteuern.

## 14. Bundeskonferenz Freiburg 2000

Datum	Thema	Titel/ Gegenstand
14. Buko in Freiburg, 15.-18.10.2000	Beschlüsse: Forschungsmittel für erfolgreiche Behandlungsmethoden und zur Erkennung der Ursachen von Brustkrebs	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Forschungsmittel für Brustkrebs sind zu erhöhen, flächendeckendes, verbindliches und einheitliches Krebsregister sollte als Grundlage epidemiologischer Forschung eingeführt werden</li> <li>• Betroffene bzw. Selbsthilfegruppen sind in die Entscheidungen für Forschung und Therapie einzubinden.</li> <li>• Forschungsschwerpunkte sollten die Untersuchung von Risiko- und Schutzfaktoren sein</li> <li>• Einsatz von naturheilkundlicher Verfahren in</li> </ul>



		<p>Prävention und Therapie ist gleichberechtigt zu erforschen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Bedeutung der Brust für die Entwicklung und das Leben der Frauen sowie der Umgang mit der Bedrohung durch den Brustkrebs sind vordringliche Fragen der Ursachenforschung</li> <li>• Bei Mammographie-Screening ist eine gleichstarke Kontrollgruppe, bei der nur eine gründliche Tastuntersuchung stattfindet, zu bilden. Grundlage jeder Screening-Untersuchung muss eine ausführliche Beratung über die Vor- und Nachteile für die einzelne Frau sein</li> <li>• Daneben ist die psycho-soziale Begleitforschung bei einem Mammographie-Screening unerlässlich.</li> </ul>
14. Buko in Freiburg, 15.-18.10.2000	Diskriminierung von Ärztinnen	<p>Die BAG wendet sich gegen die Diskriminierung von Ärztinnen im Gesundheitswesen. Gesetzliche Rahmenbedingungen des Bundes sind notwendig, um die Situation von Ärztinnen gesondert zu betrachten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Keinerlei finanzieller Ausgleich für Ausfallzeiten schwangerer Ärztinnen...</li> </ul>
14. Buko in Freiburg, 15.-18.10.2000	Frauenpolitische Eckpunkte zur Arbeitsmarktpolitik	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Das SGB III muss generell der Zunahme und stetiger Erwerbsverläufe Rechnung tragen</li> <li>• Stärkere Anreize für eine aktive Frauenförderung schaffen</li> <li>• Zugang zu wichtigen Arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen</li> <li>• Die arbeitsmarktliche Eingliederung von Frauen mit gesundheitlichen Einschränkungen und Behinderungen sowie von älteren Frauen ist zu verbessern</li> <li>• Im Leistungsrecht ist die Äquivalenz zwischen Beitrag und Lohnersatzleistung nicht durchgängig gegeben.</li> <li>• Nach dem SGBIII sind Zeiten nach dem Mutterschutzgesetz und nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz nicht mehr gleichgestellte Zeiten und damit nicht mehr Anwartschafts- begründend.</li> <li>• Die Rechtsstellung der Beauftragten für Frauenbelange bei der Arbeitsverwaltung muss gestärkt werden.</li> <li>• Der Absatz 4 des § 397 SGB III ist zu streichen. Die Beauftragte für Frauenbelange hat keine weiteren Aufgaben zu übernehmen.</li> <li>• Das Bundesgremienbesetzungsgesetz ist strikt anzuwenden.</li> <li>• Die Bundesanstalt für Arbeit wird gebeten, kurzfristig einen Bericht über den aktuellen Anteil von Frauen und Männern in ihren Gremien auf Bundes- Landesebene und bei den insgesamt 184 Arbeitsämtern vorzulegen.</li> <li>• Bitte um Information, welche Maßnahmen die BfA plant, um ihre Gremien paritätisch mit Frauen und Männern zu besetzen.</li> <li>• Im Rahmen der Arbeitsförderung ist ein Gleichstellungscontrolling einzuführen.</li> </ul>

		<ul style="list-style-type: none"> <li>Die BAG bittet um weitere Beteiligung und Einbindung in die Diskussion.</li> </ul>
14. Buko in Freiburg, 15.-18.10.2000	Keine lokale Agenda/Agenda 21 ohne Frauenpolitik	Die Bundesregierung wird aufgefordert, entsprechend ihrer Selbstverpflichtung in der Agenda 21 in den Ländern und Kommunen sicherzustellen, dass gemäß Kapitel 24.3 b) die Frauenbüros, die nichtstaatlichen Organisationen für Frauen und Frauengruppen durch Stärkung der personellen und institutionellen Kapazitäten in die Lage versetzt werden, zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen.
14. Buko in Freiburg, 15.-18.10.2000	Vergabe öffentlicher Aufträge als Instrument von Gleichstellungspolitik	Die Bundesregierung wird aufgefordert, gesetzliche Regelungen zu erlassen, die es Bund, Ländern und Kommunen erlauben, andere oder weitergehende Anforderungen – wie z.B. Frauenförderung oder die ausschließliche Beschäftigung von sozialversicherungspflichtigem Personal – in das Vergabeverfahren einzubeziehen.
14. Buko in Freiburg, 15.-18.10.2000	Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen	BAG begrüßt den Plan und begreift den Aktionsplan als einen allgemeinen Rahmen. BAG bietet ihre Mitarbeit an. Kritik am Referentenentwurf...
14. Buko in Freiburg, 15.-18.10.2000	Referentenentwurf zum „Gewaltschutzgesetz“	BAG begrüßt ausdrücklich die Vorlage eines Referentenentwurfs zum Gewaltschutzgesetz. Dennoch sieht die BAG es für sehr wichtig einige zusätzliche Perspektiven in die Diskussion um den Entwurf einzubringen. ...
14. Buko in Freiburg, 15.-18.10.2000	Einhalt der Genitalverstümmelung von Mädchen und Frauen Menschenrechtsverletzungen in Entwicklungs- und Industrieländern	Alle politischen Mittel sind einzusetzen, um der weltweit praktizierten Genitalverstümmelung an Mädchen und Frauen Einhalt zu bieten und bereits verstümmelten Frauen adäquate gesundheitliche und psychologische Hilfe zu gewähren. Insbesondere die Entwicklungshilfe ist an die Beendigung zu knüpfen, dass wirksame Maßnahmen gegen die Genitalverstümmelung ergriffen werden. ...
14. Buko in Freiburg, 15.-18.10.2000	Novellierung des § 26 BSHG	Der § 26 des BSHG muss erweitert werden. Menschen, die zur Betreuung von Kindern ihre Schul- oder Berufsausbildung abbrechen müssen, sollen durch Zahlung von Sozialhilfe in die Lage versetzt werden, diese zu beenden. Diese Regelung soll auch für Auszubildende gelten, die aus schwerwiegenden Gründen das Elternhaus verlassen müssen, von den Eltern nicht unterstützt werden und deshalb nur mit ergänzender Sozialhilfe ihre Ausbildung beenden können.
14. Buko in Freiburg, 15.-18.10.2000	Anhebung der Regelsätze nach dem BSHG für Kinder	In dem Maße wie das staatliche Kindergeld erhöht wird.
14. Buko in Freiburg, 15.-18.10.2000	Berücksichtigung der Erhöhung des Kindergeldes	Bei der jährlichen Dynamisierung der Regelbeiträge für den Kindsunterhalt
14. Buko in Freiburg, 15.-18.10.2000	Einführung eines Labels für sozialverträglich hergestellte Kleidung	Entsprechend der Forderung der Clean Clothes Campaign ist ein Textil-Label für sozialverträglich hergestellte Kleidung und Lederwaren in Deutschland und in der EU einzuführen.

14. Buko in Freiburg, 15.-18.10.2000	Neue Arbeitsstrukturen für die BAG	Die Bundeskonferenz beauftragt das Sprecherinnengremium, eine AG mit den Vertreterinnen der LAG einzurichten, um neue Arbeitsstrukturen für die BAG und Schnittstellen zu den LAGen zu entwickeln und als Antrag in die nächste Bundeskonferenz einzubringen.
---	------------------------------------	---

### 13. Bundeskonferenz (keine Infos)

### 12. Bundeskonferenz Rostock-Warnemünde 1997

Datum	Thema	Titel/ Gegenstand
12. Buko in Rostock-Warnemünde, 28.9.-2.10.1997	Steuerliche Absetzung von Haushaltshilfen und Dienstleistungszentren und Sozialagenturen	BAG fordert die Bundesregierung auf, die steuerliche Berücksichtigung von Haushaltshilfen, die im Jahressteuergesetz 1997 verbessert wurde, auch soweit anzurechnen, dass die steuerlichen Verg....
12. Buko in Rostock-Warnemünde, 28.9.-2.10.1997	Existenzgründungsdarlehen	Die BAG Sprecherinnen werden aufgefordert, sich für ein Bundesdarlehen für Existenzgründerinnen einzusetzen.
12. Buko in Rostock-Warnemünde, 28.9.-2.10.1997	Geschlechtsspezifische Datenerfassung	* Text nicht da
12. Buko in Rostock-Warnemünde, 28.9.-2.10.1997	Änderung Raumordnungsgesetzes	Aufnahme einer Prüfung aller Maßnahmen im Hinblick auf ihre geschlechtsspezifische Wirkung
12. Buko in Rostock-Warnemünde, 28.9.-2.10.1997	Frauenförderung in Kunst und Kultur	Forderung nach einer Frauenförderung in Kunst und Kultur
12. Buko in Rostock-Warnemünde, 28.9.-2.10.1997	Jugendbericht	Forderung, dass der nächste Jugendbericht der Bundesregierung zentral Geschlechterthemen behandelt
12. Buko in Rostock-Warnemünde, 28.9.-2.10.1997	Ausweispapiere	Gebührenfreier Umtausch von Personalausweisen (nach Scheidung???) und Änderung der Führerscheinvordrucke (InhaberIn)
12. Buko in Rostock-Warnemünde, 28.9.-2.10.1997	AFRG mit Grundgesetz übereinstimmt	Auftrag an Sprecherinnen, zu prüfen, ob AFRG mit dem Grundgesetz übereinstimmt
12. Buko in Rostock-Warnemünde, 28.9.-2.10.1997	<a href="#">Regelungen zum Vorsorgeausgleich</a> Auch 15. Buko in Berlin und 16. Buko in Dresden	<a href="#">Ausweitung der Regelungen zum Vorsorgeausgleich bei Ehescheidung auch auf die vor 1992 in der DDR geschiedenen Frauen</a>
12. Buko in Rostock-Warnemünde, 28.9.-2.10.1997	Frauengerechte Strukturen	Bitte an die kommunalen Spitzenverbände, frauengerecht Strukturen zu schaffen

12. Buko in Rostock-Warnemünde, 28.9.-2.10.1997	Sozialhilfe	Nichtanrechnung von Nebenverdiensten auf die Sozialhilfe
12. Buko in Rostock-Warnemünde, 28.9.-2.10.1997	Altersrenten	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anrechnung von Kindererziehungszeiten auf Rentenberechnung</li> <li>• Renteneintrittsalter wieder zurück auf 60</li> <li>• Wenn Kindererziehungszeiten und Zeiten freiwilliger Beitragszahlung bzw. von Zeiten mit Rentenanspruch aus Beitragspflichtigen Arbeitsentgelt zusammenfallen, dann Additive Anrechnung</li> <li>• Ausbildung während der Erziehungsphasen Additiv anrechnen</li> <li>• Struktur der Rentenberechnung so verändern, dass keine Benachteiligung von Frauen mehr erfolgt</li> <li>• Abschaffung sozialversicherungsfreier Beschäftigungen</li> <li>• Wiedereinführung der Anerkennung der Zeiten der Arbeitslosigkeit als rentensteigernd</li> </ul>
12. Buko in Rostock-Warnemünde, 28.9.-2.10.1997	Weltfrauenkonferenz	<p>Aufforderung an die Bundesregierung, die Umsetzung der Beschlüsse der Weltfrauenkonferenz aktiv voranzutreiben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verabschiedung eines Frauenfördergesetzes</li> <li>• Umsetzung von Quotierungsregelungen</li> <li>• Gleichstellungskriterien bei der Vergabe öffentl. Aufträge</li> <li>• Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder</li> <li>• Kontinuierliche Finanzierung von Folgekosten dieser Gewalt (Frauenhäuser, Notrufe, etc.)</li> <li>• Vergabe von Entwicklungshilfe an das Kriterium knüpfen, dass Frauen gleichberechtigt daran teilhaben</li> </ul>
12. Buko in Rostock-Warnemünde, 28.9.-2.10.1997	Arbeits- und Sozialpolitik	<p>Forderung an die Bundesregierung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Diskriminierung von Frauen im Arbeitsförderungsreformgesetz beseitigen</li> <li>• Zurücknahme von Maßnahmen des Sozialabbaus</li> </ul>
12. Buko in Rostock-Warnemünde, 28.9.-2.10.1997	Renten- und Versorgungsrecht	Auftrag an Sprecherinnen, Diskriminierung von Frauen im Renten- und Versorgungsrecht nachzugehen
12. Buko in Rostock-Warnemünde, 28.9.-2.10.1997	Grundsicherung für Frauen durch eigenständige Altersvorsorge	Die BAG fordert eine Grundsicherung für Frauen im Rahmen der Rentengesetzgebung.
12. Buko in Rostock-Warnemünde, 28.9.-2.10.1997	Arbeitsweg-Steuerrecht	Forderung an die Bundesregierung: Beibehaltung der steuerlichen Absetzbarkeit der Aufwendungen für den Arbeitsweg in der bisherigen Weise.
12. Buko in Rostock-Warnemünde, 28.9.-2.10.1997	Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse	Forderung nach Versicherungspflicht für geringfügige Arbeitsverhältnisse.

## 11. Bundeskonferenz Nürnberg 1996

Datum	Thema	Titel/ Gegenstand
11. Buko in Nürnberg, 21.-24.04.1996	Nürnberger Erklärung Frauenpolitische Forderungen zur Arbeit der Zukunft	sechs seimiges Papier: bedrohliche Entwicklung, die für alle Frauen in der Bundesrepublik von Bedeutung sind: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Im öffentlichen Dienst- kommunalen –und Länderverwaltungen – in Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, die alle zu einem großen Teil Frauen beschäftigen, werde Arbeitsplätze abgebaut.</li> <li>• Mit zunehmend knappen Kassen werden immer mehr freiwillige Leistungen gekürzt, hiervon sind zahlreiche Frauenprojekte betroffen.</li> <li>• Die Zahl der Arbeitslosen steigt, viele Frauen fallen nach einiger Zeit aus der Statistik heraus, weil sie ohnehin keine Aussicht auf Arbeit sehen.</li> <li>• Das „Normalarbeitsverhältnis“ d.h. existenzsichernde Vollzeitbeschäftigung, kann immer weniger als normal gelten.</li> <li>• Auch die Arbeitsplätze im privaten Dienstleistungssektor (z.B. Anwalts-, Steuer und Arztpraxen u.a. Selbständige) werden immer weniger.</li> </ul>
11. Buko in Nürnberg, 21.-24.04.1996	Anträge: Änderung des Rentenrechts	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wir fordern einen eigenständigen Sozialversicherungsschutz für geringfügig Beschäftigte.</li> <li>• Wir fordern, die im Wege des Versorgungsausgleichs erworbenen Rentenanwartschaften wie Pflichtbeiträge zu behandeln.</li> </ul>
11. Buko in Nürnberg, 21.-24.04.1996	Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes	§ 1 Satz 1 des Gesetzes zur Sicherung von Kindern Alleinstehender durch Unterhaltsvorschüsse oder –ausfalleistungen soll dahingehend geändert werden, dass die Altersgrenze von 12 auf 18 Jahre angehoben wird. Die Begrenzung der Leistungen auf 72 Monate muss aufgehoben werden.
11. Buko in Nürnberg, 21.-24.04.1996	Zulassungsverordnung Ärzte	Die Bundesregierung möge darauf Einfluss nehmen, dass bei den Entscheidungen über die kassenärztliche Zulassung von Ärzten folgende Kriterien berücksichtigt werden: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ärzte in den Fachgebieten der medizinischen Grundversorgung sollten mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein.</li> <li>• Es sollte ein auch regional ausgewogenes Geschlechterverhältnis zwischen zugelassenen Ärztinnen und Ärzten geschaffen werden.</li> </ul>
11. Buko in Nürnberg, 21.-24.04.1996	Änderung des Einkommenssteuerrechts (Abschaffung des Splittingtarifs)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Das Ehegattensplitting ist als Ausdruck überkommener patriarchaler Strukturen abzuschaffen.</li> <li>• Es ist ein individualisiertes Besteuerungssystem zu schaffen, dass die</li> </ul>

		<p>Erwerbsarbeit verheirateter Frauen nicht diskriminiert.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Steuervorteile sind an die Existenz von Kindern zu knüpfen. Die Kosten für deren Betreuung müssen generell als steuerlich zu berücksichtigende Kosten absetzbar sein.</li> </ul>
11. Buko in Nürnberg, 21.-24.04.1996	Ausländerinnenrecht (Aufenthaltsrecht für ausländische Zeuginnen)	Die BAG fordert den Bundesminister und die Innenminister der Länder auf, den § 42 II Ausländergesetz auf Frauen nicht anzuwenden, die von Zuhälterbanden nach Deutschland gebracht und zur illegalen Prostitution gezwungen werden und im Rahmen von Polizei-Razzien befreit worden. Weiterhin muss Opferschutz für diese Frauen gewährleistet sein.

## 10. Bundeskonferenz Bremerhaven 1994

Datum	Thema	Titel/ Gegenstand
10. Buko in Bremerhaven, 25.-28.09.1994	§ 249h Arbeitsförderungsgesetz – Frauenprojekte	Die BAG fordert die verstärkte Einbeziehung von Frauen in die Maßnahmen nach § 249h AFG und Absicherung der bestehenden und entstehenden Projekte durch Kommunen und Landkreise
10. Buko in Bremerhaven, 25.-28.09.1994	Wirtschaftsförderung im Interesse von Existenzgründerinnen	Bereitstellung von Existenzgründungsdarlehen für Frauen und Vermeidung von Arbeitslosigkeit durch Ausweitung der AFG`s für potentielle Existenzgründerinnen.
10. Buko in Bremerhaven, 25.-28.09.1994	Frauenförderung und Wirtschaftsförderung	Koppelung von Frauen- und Wirtschaftsförderung in der Privatwirtschaft an die öffentliche Auftragsvergabe
10. Buko in Bremerhaven, 25.-28.09.1994	Kündigungsschutz nach Erziehungsurlaub	Die BAG unterstützt den Beschluss der GFMK den Bundesgesetzgeber aufzufordern, den in § 18 des Bundeserziehungsgeldgesetzes vorgesehenen Kündigungsschutz dahingehend zu erweitern, dass Kündigungen bis zum Ablauf von 6 Monaten nach Beendigung des Erziehungsurlaubs unzulässig sind und nur in besonderen Fällen ausnahmsweise für zulässig erklärt werden.
10. Buko in Bremerhaven, 25.-28.09.1994	Änderung der § 40 BAT und § 40 BMT-G- Beihilfe	Die BAG fordert die Tarifparteien auf, den § 40 BAT/BMT-G dahingehend zu ändern, dass Unterabsatz b) ersatzlos gestrichen wird. Weiter weisen wir erneut darauf hin, dass wir den Einbezug auch der geringfügig Beschäftigten in den Geltungsbereich der Tarifverträge fordern und dieses auch angesichts der Rechtsprechung von Europäischen Gerichtshof und BAG für rechtlich geboten halten.
10. Buko in Bremerhaven, 25.-28.09.1994	Neufassung des § 218	Für die Neufassung des § 218 fordert die BAG: <ul style="list-style-type: none"> <li>• den Gesetzgeber auf, die hessische Kostenübernahmeregelung „Richtlinien über Hilfe aus Mitteln des Landes Hessen bei Schwangerschaftsabbrüchen für Frauen, die keinen Leistungsanspruch gegenüber</li> </ul>

		gesetzlichen Krankenkassen haben“ in die bundeseinheitliche Neuregelung zu übertragen und aufzunehmen, <ul style="list-style-type: none"> <li>• der Gesetzgeber schöpft den rechtlichen Spielraum, der das Urteil des BVerfG zur Wahrung der selbstbestimmten Entscheidungsfreiheit der Frau belässt, aus.</li> </ul>
10. Buko in Bremerhaven, 25.-28.09.1994	Änderung des § 24 des KJHG	Wir fordern die Erweiterung des § 24 KJHG um die Inhalte: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ein Kind im Alter von 8 Wochen bis zum Ende der 6. Klasse (12 Jahre) hat einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte.</li> <li>• Bedarfsgerechte Angebote sind in Wohnortnähe zur Verfügung zu stellen.</li> </ul>
10. Buko in Bremerhaven, 25.-28.09.1994	Aufhebung der Benachteiligung schwangerer Asylbewerberinnen	Die BAG fordert die Sprecherinnen auf, sich bei der Bundesregierung für eine Erweiterung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) einzusetzen, um die Benachteiligung von schwangeren Asylbewerberinnen zu beseitigen.
10. Buko in Bremerhaven, 25.-28.09.1994	Europa	Einen Antrag an die Europäische Frauenlobby zu richten, die BAG als korrespondierendes Mitglied aufzunehmen.

## 9. Bundeskonferenz Mainz 1993

Datum	Thema	Titel/ Gegenstand
9. Buko in Mainz, 10.-12.05.1993 Rede der Bundesfrauenministerin Angela Merkel	Beschlüsse: Mittelbare Diskriminierung junger Mütter durch das „Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersvorsorge“	BAG fordert die Streichung der Altersgrenze im § 1 Abs.1 Satz 1 des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (BetrvAVG), da dieses Gesetz, das eine männliche Erwerbsbiographie zur Grundlage hat, junge Mütter mittelbar diskriminiert.
9. Buko in Mainz, 10.-12.05.1993	Massive Benachteiligung von Mädchen auf dem Ausbildungsmarkt	Die BAG fordert: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen entsprechend dem tatsächlichen Bedarf im Osten Deutschlands!</li> <li>• Die Stimulierung der Errichtung von betrieblichen Ausbildungsplätzen einschließlich der Förderung einer gerechteren Verteilung mittels geschlechtsspezifischer Quotierung!</li> <li>• Finanzierung überbetrieblicher Ausbildungsgänge durch spezielle Förderprogramme!</li> <li>• Überwindung der Orientierung ausbildungsvorbereitender Maßnahmen und Kurse auf überwiegend frauenspezifische Ausbildungsberufe!</li> <li>• Förderung der Ausbildung von Mädchen in gewerblich-technischen Berufen!</li> </ul>
9. Buko in Mainz, 10.-12.05.1993	Gleichberechtigung und AFG	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Vergabe von ABM, Weiterbildung und Eingliederungsmaßnahmen werden quotiert. Die</li> </ul>

	Die BAG übt grundsätzlich Kritik an der 10. Novelle des AFG. Mit der 10. Novelle ist das AFG seiner arbeitsmarktpolitischen Funktion insbesondere für Frauen vollends beraubt. Im Zusammenhang mit einer 11. Novelle fordern wir besonders dringend	<p>Quote orientiert sich an den registrierten Arbeitslosen. Die Quote bezieht sich auf die Vergabe der finanziellen Mittel. Ihr werden Daten des vorangegangenen Kalenderjahres zugrunde gelegt.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Maßnahmen zur beruflichen Orientierung, insbesondere Maßnahmen nach § 11a AFG, werden als notwendig anerkannt und dementsprechend finanziell gefördert. Zwangswartezeiten zwischen der Teilnahme an einer Maßnahme und einer beruflich qualifizierenden ersten Maßnahme werden ersatzlos gestrichen.</li> <li>• Die Regeldauer für Umschulungen muss mindestens 24 Monate betragen und sich nach den jeweiligen IHK Richtlinien richten.</li> </ul>
9. Buko in Mainz, 10.-12.05.1993	Integration von Gleichstellungs- und Wirtschaftspolitik	Die BAG fordert die Landesregierungen der Bundesländer auf, in Wirtschafts- und Strukturförderprogramme gleichstellungspolitische Zielsetzungen aufzunehmen. ... Darüber hinaus muss endlich akzeptiert werden, dass die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik ohne die Einbeziehung der Qualifikationen und Fähigkeiten von Frauen unproduktiv ist.
9. Buko in Mainz, 10.-12.05.1993	Betriebsverfassungsgesetz und tarifliche Regelungen	Die Sprecherinnen der BAG werden von der Bundeskonferenz beauftragt, <ul style="list-style-type: none"> <li>• sich dafür einzusetzen, dass betriebliche Maßnahmen zur beruflichen Gleichstellung von Frauen und Männern insbesondere betriebliche Frauenförderpläne als Pflichtaufgaben von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen in das Betriebsverfassungsgesetz aufgenommen werden.</li> <li>• Kontakte zu den Tarifvertragsparteien zu knüpfen mit dem Ziel, Maßnahmen zur beruflichen Gleichstellung von Frauen und Männern tarifvertraglich zu verankern.</li> </ul>
9. Buko in Mainz, 10.-12.05.1993	Antidiskriminierungsgesetz bzw. Zweites Gleichberechtigungsgesetz	Der Referentenentwurf zum Zweiten Gleichberechtigungsgesetz bleibt weit hinter den Erwartungen und jahrelangen Forderungen nach einem Geltungsbereich für sämtliche Lebenssituationen zurück. Die Zielsetzung des Gesetzes ist zu eng gefasst und trägt der gesellschaftlichen Umstrukturierung nicht Rechnung. Auch sind Soll- und Kannbestimmungen keine deutlichen Signale der Frauenförderung. ... Die Ausweitung des Gesetzes auf den Geltungsbereich der Privatwirtschaft ist daher unumgänglich. Vermisst wird u.a. <ul style="list-style-type: none"> <li>• eine Regelung für Positionen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind</li> <li>• verbindliche Zielvorgaben</li> <li>• das Recht auf die Reduzierung der Arbeitszeit, mit einem Anspruch auf einen Vollzeitarbeitsplatz, bei Kinderbetreuung und Pflegeleistung</li> <li>• eine Elternversicherung als Lohnersatzmodell,</li> </ul>



		<p>analog zum Mutterschutz, und damit verbunden die ersatzlose Streichung des Erziehungsgeldgesetzes und des Elternurlaubsgesetzes</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Einführung von variablen Arbeitszeitmodellen</li> <li>• die Beseitigung jeglicher Diskriminierung bei Teilzeitarbeit, d.h. eine Gleichstellung mit Vollzeitarbeitsplätzen</li> <li>• eine Änderung des § 611 a BGB dahingehend, dass bei einer Diskriminierung eine Einstellungsgarantie oder die Zahlung von mindestens 12 Monatsgehältern erfolgt. Die vorgelegte Ergänzung enthält keine „spürbare“ Sanktion und bedeutet sogar einen Rückschritt gegenüber bereits Erreichtem und dürfte einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof nicht standhalten.</li> </ul>
9. Buko in Mainz, 10.-12.05.1993	Resolution zur Pflegeversicherung	Die BAG spricht sich für eine gesetzliche Pflegeversicherung mit einer sozialversicherungsrechtlichen Lösung aus. ...
9. Buko in Mainz, 10.-12.05.1993	Frauenbeauftragte in der Arbeitsverwaltung	Wir fordern die Bundesanstalt für Arbeit auf: <ul style="list-style-type: none"> <li>• für die Frauenbeauftragten in den Arbeitsämtern Planstellen als Stabsstellen bei der Amtsleitung einzurichten</li> <li>• die Stellen durch Ausschreibung und nicht durch Benennung zu besetzen</li> <li>• den FB ausreichende Fortbildungsmöglichkeiten in frauenspezifischen Arbeitsmarktfragen zu geben</li> <li>• auch für die interne Frauenförderung in den Arbeitsämtern die Stelle einer Frauenbeauftragten einzurichten.</li> </ul>
9. Buko in Mainz, 10.-12.05.1993	Bundesweite Demo am 5.3.1994 „Frauen bewegen das Land“	Beteiligung aller Gleichstellungsstellen
9. Buko in Mainz, 10.-12.05.1993	Besetzung Bundesverfassungsgericht	Die BAG fordert die Bundesregierung, insbesondere Bundeskanzler Helmut Kohl, auf, endlich die Verweigerung der Annahme des Wahlvorschlages zur Besetzung des BVerfG mit Herta Däubler-Gmelin aufzuheben. ... Wir erheben den Anspruch, dass auch in der Besetzung des BVerfG endlich zum Ausdruck kommt, dass Frauen die Mehrheit in der Republik sind.

## 8. Bundeskonferenz Mannheim 1992

Datum	Thema	Titel/ Gegenstand
8. Buko in Mannheim, 19.-22.01.1992	Resolution: Frauen im Alter – Feminisierung der Armut	Armut im Wohlstand der BRD ist in der Mehrheit der Fälle eine Armut von Frauen, eine Armut vor allem der älteren Frauen und der

		<p>Alleinerziehenden. Die Armut basiert auf den rollenspezifischen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen, die im wesentlichen durch die folgenden Faktoren gekennzeichnet sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufgabe oder Unterbrechung der Erwerbstätigkeit durch familiäre Verpflichtungen (Kindererziehung, Pflege Kranker und/oder alter Familienangehöriger)</li> <li>• Einschränkung der Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit von Frauen durch gesetzliche Bestimmungen (Auswirkungen des Ehe- und Familienrechts bis 1977)</li> <li>• Teilzeitbeschäftigung</li> <li>• Lohn- und Gehaltsdiskriminierung</li> <li>• Schlechte Aufstiegschancen</li> <li>• Arbeitsverhältnisse ohne Sozialversicherung</li> <li>• Größeres Arbeitslosigkeitsrisiko</li> <li>• Nicht ausreichende Hinterbliebenenrenten</li> </ul>
8. Buko in Mannheim, 19.-22.01.1992	Frauenrechte in die Verfassung	<p>In einer gesamtdeutschen Verfassung umfassende Grundrechte der Frauen festzuschreiben</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Frauenförderung und Quotierung sind Staatsaufgaben</li> <li>• jede Frau hat das Recht zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft austrägt oder nicht</li> <li>• keine Frau darf wegen ihrer sexuellen Orientierung benachteiligt werden</li> <li>• Frauen und Männer, die mit ihren Kindern leben oder für Pflegebedürftige sorgen, haben Anspruch auf staatlichen Schutz, Unterstützung und Förderung sowie gesellschaftliche Rücksichtnahme. Ihnen dürfen keine Nachteile erwachsen. Dies gilt insbesondere bei Aus- und Weiterbildung, im Erwerbsleben, bei der Alterssicherung oder bei der Wahrnehmung politischer Aufgaben.</li> <li>• Der Staat stellt für jedes Kind angemessene Betreuungseinrichtungen zur Verfügung.</li> <li>• Der Staat trägt dafür Sorge, dass das Recht auf freie persönliche Entfaltung und Selbstbestimmung der Frau nicht durch männliche Gewalt beeinträchtigt wird.</li> <li>• Die Arbeitsleistung der Frau wird genauso bewertet und entlohnt als die des Mannes.</li> <li>• Das Recht der freien Meinungsäußerung findet seine Grenzen dort, wo die Würde der Frau verletzt wird.</li> <li>• Öffentliche Erziehung hat die Aufgabe, die Festlegung auf einseitige Geschlechtsrollen zu überwinden.</li> <li>• Frauen, die wegen ihres Geschlechts verfolgt werden, gelten als politisch Verfolgte und genießen somit Asyl.</li> </ul>
8. Buko in Mannheim, 19.-22.01.1992	Beschlüsse: Gutachten zu Qualifikationsanforderungen an Frauenbeauftragte	Bitte an Frauenministerien der Länder und Bundesfrauenministerium zur Erstellung eines Gutachtens.

8. Buko in Mannheim, 19.-22.01.1992	Rahmenrichtlinien für Gleichstellungsbeauftragte	Forderung nach Rahmenrichtlinien zum Einsatz von Gleichstellungsbeauftragten zu erlassen, in denen Bezahlung und Kompetenz geregelt werden.
8. Buko in Mannheim, 19.-22.01.1992	Erwerb von Armeegebäuden	Forderung, den Kommunen zum Erwerb freiwerdende Armeegebäude Preisnachlass auch dann zu gewähren, wenn diese für Frauenprojekte verwendet werden sollen.
8. Buko in Mannheim, 19.-22.01.1992	§ 218	Ersatzlose Streichung des § 218.
8. Buko in Mannheim, 19.-22.01.1992	Ausdifferenzierte Erfassung von Sexualstraftaten	Forderung, statistische Erfassung von Sexualstraftaten ausdifferenzieren.
8. Buko in Mannheim, 19.-22.01.1992	Finanzierung von Mädchenhäusern und Projekten gegen Gewalt an Frauen	Forderung zur gesetzlichen Regelung der Finanzierung von Mädchenhäusern und Projekten gegen Gewalt an Frauen
8. Buko in Mannheim, 19.-22.01.1992	Frauenparkplätze	Forderung nach Ergänzung der StVO (Frauenparkplätze)
8. Buko in Mannheim, 19.-22.01.1992	Ausweisungspflicht Frauenparkplätze	Forderung, Verordnung über den Bau und Betrieb von Tiefgaragen und Parkhäusern um eine Ausweisungspflicht von Frauenparkplätzen und begleitenden Sicherheitsmaßnahmen.
8. Buko in Mannheim, 19.-22.01.1992	Frauenfördergesetz	Forderung nach Frauenfördergesetz in der gesamten BRD und nach Berücksichtigung der Lebenssituationen von Frauen bei der Aufstellung von Leistungskriterien für Beförderungen.
8. Buko in Mannheim, 19.-22.01.1992	Vergabe von Immobilien in den neuen Bundesländern	* kein Text da
8. Buko in Mannheim, 19.-22.01.1992	Tarifverhandlungen für den Schreibdienst	* kein Text da
8. Buko in Mannheim, 19.-22.01.1992	Gesetzliche Regelungen für Nachtarbeit von Frauen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rahmenbedingungen der Nachtarbeit für Frauen und Männer sollten den neusten arbeitsmedizinischen Erkenntnissen entsprechen</li> <li>• Nur vorübergehend</li> <li>• Familiäre Bedürfnisse sind zu berücksichtigen</li> <li>• Eine Gleichstellung in der Nachtarbeit muss mit einer Branchen spezifischen, gezielten, verbindlichen Frauenförderung einhergehen.</li> </ul>
8. Buko in Mannheim, 19.-22.01.1992	Mittelbare Diskriminierung von Frauen bei der Arbeitsvermittlung	Die BAG fordert die Bundesanstalt für Arbeit auf, auf Fragen nach der Betreuung von Kindern oder sonstigen pflegebedürftigen Personen im Rahmen der „Verfügbarkeit“ zu verzichten und sie aus ihren Antragsformularen ... zu streichen, da die derzeitige Fragepraxis eine mittelbare Diskriminierung von Frauen darstellt.
8. Buko in Mannheim, 19.-22.01.1992	Novellierung AFG	BAG begrüßt die überfällige Novellierung des AFG, Forderung nach Quotierung von Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen entsprechend ihrem Anteil an den Erwerbslosen.
8. Buko in Mannheim, 19.-22.01.1992	Änderung BAT bez. Freistellung eines kranken Kindes	BAG fordert die Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes auf, den § 52 Abs. 2 Buchstabe 1 und m BAT sowie die entsprechende

		Bestimmung des BMTG zu novellieren, damit diese an veränderte gesellschaftliche Bedingungen angepasst werden und die Gleichstellung von Frau und Mann unterstützen....
8. Buko in Mannheim, 19.-22.01.1992	Wohnungsnot ist weiblich	Resolution zur Beibehaltung des sozialen Wohnungsbaus insbesondere für alleinerziehende Frauen und zur Einbeziehung weiblicher Lebensbedürfnisse in die Umfeldplanung
8. Buko in Mannheim, 19.-22.01.1992	Resolution zur besonderen Situation von Frauen um die 50 in den neuen Bundesländern	* kein Text da
8. Buko in Mannheim, 19.-22.01.1992	Menschenhandel	Keine Unterscheidung bei der Schwere der Tat nach dem Vorleben der Frau, Forderung nach Zeuginnenschutz, Nebenklagevertretung, Zeugnisverweigerungsrecht für Beratungsstellen..., eigenständiges Aufenthaltsrecht für Ehegattinnen
8. Buko in Mannheim, 19.-22.01.1992	Auswirkungen des EG Binnenmarktes für die Frauen Europas	Verschiedene Forderungen nach Berücksichtigung von Fraueninteressen bei der Gestaltung des EG-Binnenmarktes

## 7. Bundeskonferenz Kiel 1990

Datum	Thema	Titel/ Gegenstand
7. Buko in Kiel, 6.-9.11.1990	Änderung der AZO (Arbeitszeitordnung)	Beschäftigung von Frauen im Bauhauptgewerbe ermöglichen
7. Buko in Kiel, 6.-9.11.1990	Frauenhandel	diverse Forderungen nach Gegenmaßnahmen und sozialer Absicherung/ Schutz von Betroffenen
7. Buko in Kiel, 6.-9.11.1990	personelle Mindestausstattung von Gleichstellungsstellen	Aufforderung an das BMJFFG, Richtlinien zur Mindestausstattung und Bezahlung aufzustellen
7. Buko in Kiel, 6.-9.11.1990	Eingruppierung von Frauenbeauftragten	Aufforderung an den IM Schleswig-Holstein und die IM der anderen Länder, strukturelle Diskriminierungen nicht zu dulden
7. Buko in Kiel, 6.-9.11.1990	landesrechtliche Ausgestaltungen nach dem KJHG	zuständige Landesministerien sollen als Generalklausel div. Bestimmungen zur Geschlechtergerechtigkeit in die Landesgesetze aufnehmen
7. Buko in Kiel, 6.-9.11.1990	sexueller Missbrauch	div. Maßnahmen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Schaffung angemessener Hilfsangebote</li> <li>• Öffentlichkeitsarbeit staatlicher Stellen</li> <li>• finanzielle Mittel für Mädchenhäuser und Beratungsstellen</li> <li>• Wegweisung des Täters</li> <li>• Aufhebung der Verjährung</li> <li>• Verbesserungen im Ausländergesetz</li> </ul>
7. Buko in Kiel, 6.-9.11.1990	Sextourismus und Frauenhandel	Stützung von Kampagnen der SPD/ NRW
7. Buko in Kiel, 6.-9.11.1990	§§ 19, 20 AZO	gleiche Regelungen zur Nachtarbeit für Männer und Frauen

7. Buko in Kiel, 6.-9.11.1990	Ausbildung im Einzelhandel	Abschaffung des 2-jährigen Ausbildungsgangs
7. Buko in Kiel, 6.-9.11.1990	Berliner LADG	keine Spaltung der Zuständigkeit der Frauenbeauftragten in interne und externe Frauenbeauftragte
7. Buko in Kiel, 6.-9.11.1990	Übergangsgeld nach dem BAT	Streichung der Regelung, Schaffung eines familienfreundlichen Ersatzes
7. Buko in Kiel, 6.-9.11.1990	rechtliche Verankerung der Frauenbüros	div. Forderungen nach Rechten, Ansiedlung, Hauptamtlichkeit, personeller Mindestausstattung

## 6. Bundeskonferenz Herford 1989

Datum	Thema	Titel/ Gegenstand
6. Buko in Herford, 25.-27.10.1989	Rentenreform und Beamtenversorgung	<ul style="list-style-type: none"> <li>keine Anhebung der Altersgrenze für Frauen</li> <li>Grundrente</li> <li>eigenständige Alterssicherung</li> </ul>
6. Buko in Herford, 25.-27.10.1989	Ladenschlussgesetz	keine Dienstleistungsabende
6. Buko in Herford, 25.-27.10.1989	Ausweisung von Männern und Frauen in statistischen Erhebungen und Veröffentlichungen der Arbeitsverwaltung	generelle geschlechtsspezifische Aufbereitung von Daten der BA und der LAÄ
6. Buko in Herford, 25.-27.10.1989	Jugendhilfegesetz	<ul style="list-style-type: none"> <li>Verbesserungen im damaligen Gesetzentwurf</li> <li>Beteiligung der BAG an der Anhörung</li> </ul>
6. Buko in Herford, 25.-27.10.1989	Frauenförderregelungen in Tarifverträgen	Aufnahme von Frauenförderregelungen in Tarifverträge
6. Buko in Herford, 25.-27.10.1989	Schwangerschaftsabbruch	Unterstützung eines Initiativantrags der ASF (umfasste im Wesentlichen die Fristenregelung)

## 5. Bundeskonferenz Berlin 1988

Datum	Thema	Titel/ Gegenstand
5. Buko in Berlin, 14. -17.03.1988	Verbesserung der Möglichkeiten zur Arbeitsfreistellung bei Krankheit des Kindes oder der Betreuungsperson des	Arbeitsfreistellung bei der Fortzahlung der Vergütung bei Krankheit eines Kindes unter 8 bzw. 14 Jahren oder der Betreuungsperson deutlich erweitern.

	Kindes Stand: Derzeit 5-6 Tage Freistellung unabhängig von der Kinderzahl.	
5. Buko in Berlin, 14. -17.03.1988	Aufnahme der Herstellung der Gleichberechtigung als kommunale Aufgabe in die Gemeindeordnung/Landkreis ordnung der Bundesländer.	Einrichtung von Frauenbüros in den Kommunen und Kreise als kommunale Aufgabe in die Gemeindeordnung der Bundesländer aufnehmen. Des Weiteren fordert die BAG abgesichertes Recht auf eine von der Verwaltungsmeinung unabhängige Meinung, auf ein unmittelbares Rederecht gegenüber dem Kommunalparlament und das Recht auf eine eigenständige Öffentlichkeitsarbeit.
5. Buko in Berlin, 14. -17.03.1988	Geplantes Beratungsgesetz zum § 218	Die BAG lehnt das geplante Gesetz ab und fordert die ersatzlose Streichung des § 218. Außerdem fordert die BAG weitere staatliche Anerkennung für bewährte Institutionen, wie z.B. Pro Familia.
5. Buko in Berlin, 14. -17.03.1988	Anti-Pornographie-Gesetz	Gesetzesinitiative von „EMMA“ wird begrüßt. Insbesondere wird begrüßt, dass dieser Gesetzesentwurf Pornographie als Verstoß gegen die Menschenwürde ansieht und für Frauen die Möglichkeit vorsieht, zivilrechtlich gegen die Verletzung ihrer Würde klagen zu können.
5. Buko in Berlin, 14. -17.03.1988	Situation ausländischer Frauen	Bundes- und Landesregierungen sollen die bestehenden diskriminierenden Gesetzgebung und die entsprechenden Erlasse zugunsten der ausländischen Frauen ändern, unter Berücksichtigung folgender Forderungen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• eigenständiges Aufenthaltsrecht und Arbeitserlaubnis für ausländische Frauen, unabhängig von der familiären Voraussetzung,</li> <li>• keine Begrenzung des Ehegatten- und Kindernachzuges,</li> <li>• sofortiger Stopp der Aufenthaltsbeendenden Maßnahmen von Frauen bei der Rückkehr des Ehegatten in die Heimat, Trennung vom Ehegatten, Sozialhilfebezug, Krankheit, Tod oder Inhaftierung des Ehemannes,</li> <li>• Abschaffung des § 19 AFG</li> </ul>
5. Buko in Berlin, 14. -17.03.1988	Aus-, Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten in den Schreibdiensten und in Sekretariaten 1. Berufsausbildung in der Bürowirtschaft	Die Tarifparteien insbesondere des öffentlichen Dienstes werden aufgefordert bei der Neugestaltung der Berufsausbildung in der Bürowirtschaft auf die lediglich 2-jährige Ausbildung zur Bürogehilfin zu verzichten. Es sollen verschiedene Berufsfelder zu einer Ausbildung mit 3-jähriger Dauer zusammengefügt werden.
5. Buko in Berlin, 14. -17.03.1988	2.1. Fortbildung	Den bis zur Umwandlung ausgebildeten Bürogehilfinnen, Steno- und Phonotypistinnen ist der Zugang zum Verwaltungslehrgang I zu eröffnen bzw. zu erleichtern. Zugangsprüfungen werden abgelehnt. Angebot einer Informations- und Vorbereitungsveranstaltung soll angeboten werden.
5. Buko in Berlin, 14. -17.03.1988	2.2. Fortbildung zum/zur qualifizierten Sekretär/in bzw. zum/zur	Neben den Verwaltungslehrgängen sind weitere Fortbildungsangebote mit folgenden Zielsetzungen anzubieten:

	Textverarbeitungsfachfrau/-mann	a) umfassende und selbständige Führung eines Sekretariats, Organisation, Koordination b) qualifizierte Textbe- und verarbeitung, EDV-Einsatz, reproduktionstechnisch-graphische Kenntnisse.
5. Buko in Berlin, 14. -17.03.1988	3. Gestaltung der Fortbildung	Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sind stärker auf die Bedürfnisse der Teilnehmerinnen mit familiären Pflichten auszurichten. Die Frage der Kinderbetreuung ist hierbei mit einzubeziehen.
5. Buko in Berlin, 14. -17.03.1988	Beseitigung der Versicherungsfreigrenze bei geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen	Aufhebung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, damit jede Stunde Erwerbsarbeit als sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gilt. Des Weiteren fordert die BAG, dass die Sozialversicherungsbeiträge allein vom Arbeitgeber zu tragen sind, falls das monatliche Entgelt einen noch festzusetzenden Betrag nicht überschreitet.
5. Buko in Berlin, 14. -17.03.1988	Zölibat	BAG unterstützt Aktionstage der vom Zölibat betroffenen Frauen, Kinder und Männer, die das Ziel haben: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Priester und ihre Partnerinnen nicht zu diskriminieren,</li> <li>• Partnerinnen von Priestern erhalten eine gleichwertige Stellung,</li> <li>• Abschaffung des Pflichtzölibates</li> </ul>
5. Buko in Berlin, 14. -17.03.1988	Brief an das Innenministerium Gleichbehandlung von Frauen und Männern in der Verwaltungssprache, Empfehlung zur bürgernahen Verwaltungssprache (Merkblatt M 18)	Überarbeitung des Merkblattes dahingehend, dass von der Verwendung männlicher Oberbegriffe als allgemeine Bezeichnung abgesehen wird.
5. Buko in Berlin, 14. -17.03.1988	Frauen in die Bundeswehr	Einführung eines Wehrdienstes für Frauen wird entschieden abgelehnt. Ebenso wird das Pilotprojekt – Frauen auf freiwilliger Basis, ohne Waffendienst, in den Dienst der Bundeswehr abgelehnt.

#### 4. Bundeskonferenz Dortmund 1986

Datum	Thema	Titel/ Gegenstand
4. Buko in Dortmund, 13.-14.11.1986	Frauen an Hochschulen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Endfristung von Stellen</li> <li>• Forschungsetats für Wissenschaftlerinnen</li> <li>• Quotierung</li> </ul>
4. Buko in Dortmund,	ungeschützte Arbeitsverhältnisse	Neuregelung/ Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse

13.-14.11.1986		
4. Buko in Dortmund, 13.-14.11.1986	Vergewaltigung in der Ehe	*
4. Buko in Dortmund, 13.-14.11.1986	AB-Maßnahmen	*
4. Buko in Dortmund, 13.-14.11.1986	Reinigungskräfte	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufforderung an die ÖTV, die tarifvertraglichen Arbeitsbedingungen zu verbessern</li> <li>• Reinigungsdienste nicht zu privatisieren</li> <li>• Reinigungsdienste in den Ö.D. rückzuführen</li> </ul>